

„Überall dort, wo Leute sich mit dem freiwirtschaftlichen Thema beschäftigen, habe ich Kontakte gepflegt und versucht, meine eigenen Erkenntnisse mit einzubringen.“

Interview mit Helmut Creutz am 05.04.2008 in Aachen

Herausgegeben von
Ulrike Henning-Hellmich und Markus Henning
(Vorabdruck im Rahmen des Projektes
„Freiwirtschaftsbewegung – Erlebnisse von Mitstreitern und sympathisierenden Zeitzeugen.
Eine Interviewsammlung“)



Helmut Creutz und Barbara Krüger-Creutz am 05.04.2008 in Aachen
(Foto: Henning/Henning-Hellmich)

1) Persönliche Motivation für die Hinwendung zur Freiwirtschaft

Frage: Wie sind Sie zur Beschäftigung mit der Freiwirtschaft gekommen? Welche Erfahrungen oder Schlüsselerlebnisse haben dabei eine Rolle gespielt?

Helmut Creutz: Dazu gekommen bin ich durch einen Zufall, wie eigentlich meine ganze Lebensentwicklung aus mehr oder weniger zufälligen Weichenstellungen resultiert, die mir irgendwann zur Wahl gestanden haben, bzw. bei denen mir gar keine Wahl gelassen wurde. Kurz gesagt war der Hintergrund, dass ich in den 1970er Jahren begonnen hatte, Beiträge zu Anthologien und schließlich auch eigene Bücher zu schreiben. Mein erstes, ein „*Betriebstagebuch*“ mit dem Titel „*Gehen oder kaputtgehen*“, erschien 1973 als Auftaktband einer Buchreihe des *Werkkreises Literatur der Arbeitswelt* im *Fischer Taschenbuch Verlag*.¹ Das zweite mit dem Titel „*Haken krümmt man beizeiten. Schultagebuch eines Vaters*“ kam 1977 bei *Bertelsmann* heraus.² Diese Abrechnung mit unserem Zwangslernsystem machte einige Furore mit entsprechend breitem Medienecho. Unter anderem wurde es im Fernsehen beim *ARD-Kulturmagazin ttt – titel, thesen, temperamente*³ als „Buch des Monats“ vorgestellt. Unter den zahlreichen Zuschriften, die ich daraufhin erhielt, fiel mir der Brief eines Walter Michel aus Berlin⁴ besonders auf. Er meinte, ich hätte zwar wichtige Fragen angesprochen, aber

¹ Helmut Creutz, „*Gehen oder kaputtgehen. Betriebstagebuch*“ (Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Köln), Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1973 (mehrere Auflagen – 31.-37. Tausend: 1974) [Anm. der Herausgeber].

² Helmut Creutz, „*Haken krümmt man beizeiten. Schultagebuch eines Vaters*“. Vorwort von Hellmut Becker, C. Bertelsmann Verlag GmbH, München 1977 (überarbeitete Neuauflage mit Vorwort von Hans A. Pestalozzi im Deutschen Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München 1983; Nachdruck im Eigenverlag des Autors, Aachen 1993 und 1999. Als Hörbuch, gelesen von Rainer Gilljohann, erschienen bei Radoropa Hörbuch – eine Division der TechniSat Digital GmbH, Daun 2006) [Anm. der Herausgeber].

³ **ttt – titel, thesen, temperamente:** Erstmalig im Dezember 1967 in der *ARD* auf Sendung gegangenenes Kulturmagazin des *Hessischen Rundfunks*, seit April 2006 wöchentlich ausgestrahlt und abwechselnd von verschiedenen *ARD*-Rundfunkanstalten produziert; vgl.: Stichwort „*ttt – titel, thesen, temperamente*“, in: Wikipedia. Die freie Enzyklopädie, (http://de.wikipedia.org/wiki/Titel_Thesen_Temperamente; Ausdruck vom 13.08.2008), S. 1-2 [Anm. der Herausgeber].

⁴ **Walter Michel (1902-1990)**, Schlossermeister, war im Frühjahr 1947 aus dem Sudetengebiet nach Magdeburg gekommen, wo er postalisch „*Die Gefährten – Monatsschrift für Erkenntnis und Tat*“ bezog, ein von 1946-1950 im Nürnberger *Rudolf Zitzmann Verlag* erscheinendes Periodikum von wichtiger Bedeutung für die freiwirtschaftlichen Reorganisationsversuche in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR. Nach Denunziation durch eine deutsche Sowjetagentin kam Michel Anfang 1950 nach Weimar in Untersuchungshaft, während welcher er wegen des Vertriebs illegaler Schriften zu einer 25-jährigen Freiheitsstrafe im Gefängnis Bautzen verurteilt wurde. Nach seiner vorzeitigen Entlassung im Juli 1956 flüchtete er bald mit seiner Familie nach Westberlin. Anfang der 1980er Jahre hatte Michel zunächst die Versuche unterstützt, freiwirtschaftliche Ideen in die Programmdiskussion der Partei *Die Grünen* einzubringen, wandte sich jedoch schon bald von diesen Bemühungen ab, forderte öffentlich zum Parteiaustritt auf und schlug vor, einen *Bund für krisenfreie Friedensordnung* als organisatorische Vereinigung aller friedenspolitisch engagierten Gruppen ins Leben zu rufen. Im Sinne eines sozial engagierten und konsequent pazifistisch ausgerichteten Christentums versuchte Michel darüber hinaus verschiedentlich, durch kirchenkritische Beiträge Einfluss auf freiwirtschaftlich-christliche Diskussionszusammenhänge zu nehmen; vgl.: Werner Onken, „*Natürliche Wirtschaftsordnung unter kommunistischer Herrschaft und nach der Wende von 1989*“, Gauke Verlag GmbH. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1997, S. 10f. und S. 16; Walter Michel, „*Kommentar*“, in: Silvio Gesell, „*Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft. Denkschrift an die zu Weimar versammelten Nationalräte (Verlag des Freiland-Freigeld-Bundes, Berlin-Steglitz, Herderstraße 22, 1919)*“, Nachdruck im Eigenverlag von Walter Michel, Berlin o.J. [Anfang der 1980er Jahre], S. 2 und S. 31; Walter Michel, „*Das zukünftige Paradies*“, Manuskript, Berlin 1989; Josef Hüwe, „*Walter Michel*“, in: *Der Dritte Weg. Freisoziale Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus*, hrsg. von der Freisozialen Union FSU – Demokratische Mitte, Hamburg, 21. Jhr., Nr. 5 / Mai 1990, S. 30; sowie: Günter Bartsch, „*Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93*“ (Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung 1, hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit / Hamburg und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. / Northeim), Gauke Verlag GmbH. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1994, S. 226f. [Anm. der Herausgeber].

vielleicht nicht immer die richtigen Antworten gefunden. Ich sollte mich doch mal mit den Zusammenhängen zwischen Geld und Gesellschaft, bzw. Währung und Wirtschaft befassen! Vielleicht würde ich dort tiefergehende Erklärungen für manche Vorgänge finden, die ich in meinem Buch beschrieben hatte. Ich war da etwas skeptisch, zumal er mir eine kleine Schrift von einem Hans Kühn beigelegt hatte, die ausgerechnet auch noch „5000 Jahre Kapitalismus“ hieß⁵ – damit konnte ich nun erst mal gar nichts anfangen.

Neugierig geworden, habe ich dann aber doch diese Broschüre von ungefähr 50 Seiten gelesen. Ich fand darin zwar einige interessante Gedanken, die ich aber eigentlich nicht glauben konnte oder wollte. Denn ich bildete mir ein, aus der Praxis meiner verschiedenen Berufstätigkeiten über Geld doch ziemlich gut Bescheid zu wissen – als Ladenbauarchitekt hatte ich u.a. auch einige Banken und Zweigstellen eingerichtet und war dadurch mit den Abläufen und Vorgängen im Geldbereich etwas vertraut geworden. Außerdem hatte ich mit Geld und Kredit im Rahmen von Bau-Finanzierungen schon genug zu tun gehabt, ebenso zeitweise als Betriebsleiter bzw. Geschäftsführer einer GmbH, die ich im Zusammenhang mit der Auswertung eines Patentes mal gegründet hatte.⁶ Aber ich wollte dem guten Mann nicht einfach so aus dem Bauch heraus schreiben, dass ich von der Sache mit der Geldkritik nichts hielt. Vielmehr wollte ich ihm beweisen, dass das, was in der Broschüre geschrieben stand, gar nicht stimmen könne.

Dazu musste ich nun allerdings Fakten sammeln, was anfangs sehr mühevoll war, weil ich ja kaum Ahnung hatte, wo man das entsprechende Zahlenmaterial und damit Beweise finden konnte. Das war für mich eine sehr wichtige Frage, denn von meiner Veranlagung her bin ich nun einmal ein eher pragmatisch veranlagter Zahlenmensch. Ursprünglich hatte ich als Berufswunsch eine Ingenieursausbildung angestrebt und hatte während meiner Praktikantenzeit abends auch schon einige Vorseminer absolviert. Nach Krieg und Krankheit und ohne Studium, bin ich dann durch Zufälle in den Architekten-Beruf hinein gerutscht.

Aber zurück zum Thema Geld: Nach und nach fand ich dann auch einiges an Zahlenmaterial, vor allem in den Monatsberichten der *Deutschen Bundesbank*, die ich in einer Sparkassenfiliale entdeckte. Und je mehr solcher Zahlen ich fand und vergleichen konnte, desto deutlicher stellte ich fest, dass an dieser Geldkritik tatsächlich etwas dran war, und das machte mich immer neugieriger.

⁵ Hans Kühn, „5000 Jahre Kapitalismus. Prinzip – Entstehung – Folgen eines Ordnungssystems“, Eigenverlag des Autors, Osterode-Freiheit 1977 (2. veränderte Auflage 1977 bis 4. Auflage 1981, Gauke GmbH – Fachverlag für Sozialökonomie, Hann. Münden; 5. Auflage o.J. [Anfang der 1990iger Jahre], Eigenverlag des Autors, Osterode am Harz). **Hans Kühn (1916-2008)**, gelernter Werkzeugmacher und Techniker, nach Ende des Zweiten Weltkrieges selbstständiger Kaufmann und Kleinstunternehmer in Osterode am Harz. Seit 1946 aktives öffentliches Eintreten für die Freiwirtschaft und Mitglied der in demselben Jahr gegründeten *Radikal-Sozialen Freiheitspartei (RSF)*. Aus Protest gegen deren 1950 beschlossenes Aufgehen in die *Freisoziale Union (FSU)* rief Kühn die *Freiwirtschaftliche Bewegung* ins Leben, zunächst als innerparteiliche Oppositionsgruppe, ab Frühjahr 1970 als formal selbstständige Organisation im Einmann-Betrieb. 1980 Eintritt in die Partei *Die Grünen* in dem Bestreben, auf deren Programmdiskussion im Sinne der Freiwirtschaft Einfluss zu nehmen. Ende 1989 Mitbegründer der *Pro-Vita-Bewegung* als Bürgerinitiative für soziale Wirtschaftsordnung mit Ausrichtung auf einen freiwirtschaftlichen Neubeginn in der sich auflösenden DDR; vgl.: Günter Bartsch, „Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93“ (Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung 1, hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit / Hamburg und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. / Northeim), Gauke Verlag GmbH. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1994, S. 183-191 und S. 245-251 [Anm. der Herausgeber].

⁶ „Beim Umgang mit seinen Kindern kam ihm der Gedanke, Kindermöbel und Spielzeuge zu entwickeln, die mit dem Älterwerden der Kinder ‚mitwachsen‘. Sie wurden in Deutschland und in den USA patentiert; und im Anschluß an eine Präsentation auf dem offiziellen Ausstellungsstand der Bundesrepublik in Chicago konnte in den USA eine Lizenz vergeben werden. Aus dieser Zeit stammen auch seine ersten Veröffentlichungen in Architektur- und anderen Fachzeitschriften.“ (Klaus Wulsten, Ekkehard Lindner und Werner Onken, „Helmut Creutz wird 75“, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, hrsg. von der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., Gauke Verlag GmbH. Abt. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg, 35. Jhrg., 117. Folge / Juni 1998, S. 44-46, hier: S. 44) [Anm. der Herausgeber].

Eigentlich hatte ich zum damaligen Zeitpunkt gerade noch ein drittes Buch in Arbeit, in dem ich u.a. über mein Engagement in verschiedenen Bürgerinitiativen berichten wollte. Sein Titel sollte sein: „*Vom Versuch, mehr Demokratie zu wagen – Tagebuch eines Bürgers*“. Ich dachte mir: „Das legst Du erst mal ein paar Wochen zur Seite und klärst zuerst die Geldfrage ab.“ Aber dann hat mich das Geldthema so gefesselt und es kamen immer noch neue Aspekte hinzu, dass ich mit dieser Analyse unseres Geldsystems eine völlig neue Lebensaufgabe gefunden habe. Und je mehr ich in diese Thematik einstieg, je mehr blinde Flecken ich entdeckte, umso mehr stellte sich für mich die Wichtigkeit dieser Aufgabe heraus!

Als Praktiker und ans Zeichenbrett gewöhnt, habe ich dann versucht, die Entwicklungen und deren Schwankungen und Unterschiede graphisch darzustellen, weil ich auf diese Weise viel besser deren Veränderungen miteinander vergleichen konnte als in Form langer Zahlenreihen und Tabellen – vor allem über längere Zeiträume hinweg, die mich besonders interessierten. Und so habe ich dann nach und nach immer mehr Boden unter den Füßen gewonnen.

Frage: Wie waren die Reaktionen aus Ihrem persönlichen oder beruflichen Umfeld auf Ihr zunehmendes Interesse für die Freiwirtschaft? Wurden Sie Ihrerseits durch diese Reaktionen beeinflusst?

Helmut Creutz: Die Reaktionen waren lange Zeit für mich fast nur enttäuschend. Durch meine Aktivitäten in Umweltverbänden und Initiativen und auch bei der Gründung der Partei *Die Grünen* hatte ich ja etliche Mitstreiter und Freunde gewonnen, meistens sogar Akademiker, von denen ich dann erwartete, dass sie sich auch diesem Thema zuwenden würden. Aber komischerweise konnte ich sie in den meisten Fällen noch nicht einmal dafür gewinnen, überhaupt mal meine ersten Abhandlungen zu dem Thema zu lesen – geschweige denn, sich mit dem Komplex tiefer gehend zu befassen. Manchmal hat man mich sogar etwas mitleidig angeguckt und schulterklopfend gefragt: „Na, Helmut, befasst Du Dich immer noch mit dem Thema Zins und Geld?“ – Zu ihrem offensichtlichen Bedauern musste ich bekennen, dass das tatsächlich noch der Fall war und dass ich sogar immer noch dazulerne, was eigentlich bis heute angehalten hat.

So habe ich mich z.B. erst in den letzten Jahren mal etwas intensiver den Vorgängen im Bereich der Geschäfts- und Notenbanken zugewandt, also auch hinter die Kulissen der Geldschöpfung und anderer Währungsabläufe geblickt. Ebenfalls ein Bereich, in dem man manches entdecken kann, was von Interesse ist.⁷

Frage: Wie wurde Ihre persönliche Lebensplanung oder Lebensführung durch Ihre Hinwendung zur Freiwirtschaft beeinflusst? War das ein markanter Einschnitt auch in Ihre sonstigen Aktivitäten?

⁷ Vgl. beispielsweise: Helmut Creutz, „*Geldschöpfung durch Geschäftsbanken – Theorie oder Wirklichkeit? Versuch einer Klärung*“, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., Gauke Verlag GmbH. Abt. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg, 33. Jhrg., 108. Folge / März 1996, S. 22-42; Helmut Creutz, „*Geldschöpfung der Banken? – Warum die Klärung dieser Frage wichtig ist*“, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, hrsg. von der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., Gauke GmbH – Verlag für Sozialökonomie, Lütjenburg, 42. Jhrg., 147. Folge / Dezember 2005, S. 15-24; Helmut Creutz, „*Zentralbankgeld und Bankgeschäfte. Was haben sie miteinander zu tun?*“, in: Zeitschrift Humanwirtschaft, hrsg. vom Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, 38. Jhrg., Nr. 05 – September/Oktober 2007, S. 4-10; sowie: Helmut Creutz, „*Geldspritzen und Leizinskorrekturen. Von den Kriseninstrumenten der Zentralbanken*“, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, hrsg. von der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., Gauke GmbH – Verlag für Sozialökonomie, Kiel, 45. Jhrg., 156/157. Folge / April 2008, S. 23-27 [Anm. der Herausgeber].

Helmut Creutz: Ja, es war insofern ein Einschnitt, als sich mein Interesse auf ein Thema verlagerte, das mir zuvor fremd gewesen war. Gleichzeitig fand ich dadurch aber auch Antworten auf Fragen, mit denen ich mich bereits vorher befasst hatte – beispielsweise was die Problematik des ökologisch so bedenklichen ständigen ökonomischen Wachstumszwangs betrifft: Warum müssen wir ständig wachsen? Warum müssen unsere Volkswirtschaften von Jahr zu Jahr zulegen?

Ja, es hatte sogar schon in den 1970er Jahren Minister gegeben, die nicht müde wurden zu betonen, dass jede Volkswirtschaft permanent wachsen müsse, da ansonsten wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit etc. auf uns zukommen würden.⁸ Das hatte mir nie eingeuchtet!

Und vor allem war ja diese Wachstumsfrage gerade für mich als an Ökologie-Fragen Interessierter und späterer Mitbegründer der *Grünen* von höchstem Interesse. Denn ich war mir im Klaren darüber, dass die Umwelt keine Chancen haben wird und damit auch wir selbst nicht, falls unsere Volkswirtschaften wirklich ständig wachsen müssen!

Zu diesem Thema hatte ich übrigens schon vor der Befassung mit dem Geld eine erste Graphik angefertigt und für einen Vortrag auf einem Plakat aufgezeichnet, nämlich die allen meinen Lesern bekannten drei möglichen Wachstumsabläufe: Als erstes der anfangs stark ansteigende aber sich schließlich auf optimaler Höhe stabilisierende, natürliche Wachstumsablauf. Als zweites der gleich bleibend zunehmende, lineare Verlauf. Und dann an dritter Stelle der umgekehrt zum natürlichen Ablauf sich entwickelnde, exponentielle Wachstumsverlauf, der anfangs sehr langsam zunimmt, sich dann aber, durch ständige Verdopplungen, förmlich überschlägt.⁹

Dabei wurde mir klar, dass nur das erste, nachlassende Wachstum ein naturverträgliches sein kann und schon ein ständig lineares Wachstum in einer begrenzten Welt unmöglich ist.

Im Geldbereich fand ich dann die Erklärung dafür, warum wir heute trotzdem ständig versuchen müssen, die Wirtschaftsleistung exponentiell zu steigern: Ganz einfach deshalb, weil dieser Geldbereich, nämlich Geldvermögen und Schulden, auf Grund der ständig positiven Zinsen tatsächlich mit exponentiellen Tendenzen wächst! Wenn aber in einem Organismus ein Teil desselben rascher zunimmt als das Ganze, dann muss dieser Organismus irgendwann und irgendwie kollabieren. Konkret: Wenn die Geldvermögen ständig wachsen, und das auch

⁸ Bereits seit 1967 war in der Bundesrepublik Deutschland Wirtschaftswachstum als politisches Ziel auch rechtlich festgeschrieben. In dem **Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 08.06.1967** wurde von wirtschaftspolitischen Maßnahmen gefordert, „...daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum beitragen [sollen].“ (zit. nach: Stichwort „Wachstum“, in: Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Band 10 – VG-Z, 14., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1997, S. 4258) [Anm. der Herausgeber].

⁹ **Exponent** (lat.): Mathematischer Begriff für die Hochzahl beim Potenzieren, einer grundlegenden Rechenoperation, bei der es sich im einfachsten Fall um eine abgekürzte Schreibweise für das Multiplizieren mit gleichen Faktoren handelt – Beispiel: $4 \times 4 \times 4 = 4^3$ mit der „Basis“ 4 und dem „Exponenten“ 3. **Exponentieller Wachstumsablauf:** Entwicklungsverlauf mit gleichbleibender prozentualer Wachstumsrate pro Zeiteinheit. Da sich zu Beginn jedes neuen Zeitabschnittes die „Basis“ des Wachstums durch die Zunahme aus dem vorhergehenden Abschnitt mengenmäßig absolut erhöht hat, beginnt ein exponentielles Wachstum anfangs zwar kaum merklich, um sich danach jedoch mit ständig größer werdenden Zuwachsmengen pro Zeiteinheit immer mehr zu beschleunigen. Beispiel hierfür sind die zinseszinsbedingten Entwicklungen im Geldbereich. Dabei ist der exponentielle Wachstumseffekt umso größer, je höher der Prozentsatz der Zuwachsrates ist und je länger eine Wachstumsperiode anhält: So würde sich eine gegebene Ausgangsgröße bei einer jährlichen Wachstumsrate von fünf Prozent in rund zwölf Jahren verdoppeln und in 72 Jahren auf das 32fache ansteigen; vg.: Stichwort „potenzieren“, in: Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Band 7 – O-R, 14., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1997, S.3032; sowie: Helmut Creutz, „Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“, Unveränderter Nachdruck der 5., komplett überarbeiteten und erweiterten Taschenbuchauflage, Druck & Verlagshaus Mainz. Wissenschaftsverlag, Aachen 2003, S. 408-421 [Anm. der Herausgeber].

noch auf exponentielle Weise, dann muss die Wirtschaft, wenn sie den sozialen Kollaps vermeiden will, ebenfalls ständig wachsen, auch wenn das zum ökologischen Kollaps führt.

Wie die Entwicklung des Sozialprodukts belegt¹⁰, wächst unsere Wirtschaft langfristig aber „nur“ linear, also mit langfristig abnehmenden prozentuellen Wachstumsraten. Und wehe, wenn das BIP überhaupt nicht wächst! Dann steht in der Politik alles Kopf. Dabei kann keiner erklären, warum es Probleme geben soll, wenn wir uns im nächsten Jahr mit dem gleichen Zuwachs an Gütern begnügen, den wir auch in diesem Jahr hinzubekommen haben!

Beachtet man aber die ohne Wachstum sich beschleunigt öffnende Schere zwischen der Entwicklung des Sozialprodukts und der Geldvermögens- und Schuldengrößen und damit zwischen Arbeits- und Zinseinkommen, dann wird dieser Zwang zum Wachstum klar: Die aufzubringenden Zinsen beanspruchen einen immer größeren Anteil unseres Sozialprodukts, womit für die Arbeitseinkommen immer weniger übrig bleibt und die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht!

Gleichgültig ob man die Entwicklungen in nominalen oder inflationsbereinigten¹¹ Größen aufträgt: Trotz unseres ständigen Wachstums sind in unserer Realität die geldbezogenen Größen von 1950 bis 2000 rund fünf Mal so rasch angestiegen wie die Wirtschaftsleistung! Oder in Zahlen ausgedrückt: 1950 lagen die Bestände der Geldvermögen und Schulden noch bei 60 Prozent des BIP, im Jahr 1975 bei 143 Prozent, 2000 bei 300 Prozent, und bis Ende 2007 sind sie bereits auf 330 Prozent angestiegen! Das heißt, um unsere Volkswirtschaft zu entschulden, müssten wir das heutige jährliche Sozialprodukt fast dreieinhalb Mal auf die hohe Kante legen!

Noch deutlicher wird die kritische Situation, wenn man die Zinsgrößen – hier die Zinserträge der Banken – mit den Größen der Nettolöhne und -gehälter vergleicht: Während die Bankzinserträge 1950 etwa bei 10 Prozent der Nettolöhne lagen und 1975 bei 25 Prozent, hatten sie 2007 mit 67 Prozent bereits zwei Drittel der Lohngröße erreicht. Und da bereits in den 90er

¹⁰ **Sozialprodukt:** Statistisches Maß für die Leistungsentwicklung einer Volkswirtschaft, begrifflich untergliedert in Bruttosozialprodukt (BSP), Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Nettosozialprodukt (NSP). **Bruttosozialprodukt (BSP):** Wert aller in einer zeitlichen Periode produzierten Güter (Waren und Dienstleistungen), jedoch ohne die Güter, die als Vorleistungen bei der Produktion verbraucht wurden. Das BSP bezieht sich auf die wirtschaftliche Betätigung der Inländer, d.h. der Institutionen und Personen, die ihren ständigen Sitz im Inland haben. Es enthält keine Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die an Ausländer fließen, schließt dagegen entsprechende Einkommen ein, die Inländer aus dem Ausland beziehen. Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)**, das ausschließlich die im Inland entstandene wirtschaftliche Leistung misst, umfasst demgegenüber auch die an Ausländer fließenden Einkommen, während es umgekehrt diejenigen ausschließt, die Inländer aus dem Ausland beziehen. Somit unterscheiden sich BSP und BIP um den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt. **Nettosozialprodukt (NSP):** BSP abzüglich Abschreibungen auf das Anlagevermögen ergibt das **NSP zu Marktpreisen**. NSP zu Marktpreisen abzüglich indirekter Steuern und zuzüglich Subventionen ergibt das **NSB zu Faktorkosten (Volkseinkommen)**; vgl.: Stichwort „Sozialprodukt“, in: Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Band 8 – S. 14., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1997, S.3474-3479 [Anm. der Herausgeber].

¹¹ **Inflation** (lat. von *inflare* = *aufblähen*), zu starke Ausdehnung der Geldmenge im Verhältnis zur realen Produktion von Gütern bzw. Leistungen, wodurch einem gegebenen Angebot mit dem vermehrten Geld überhöhte Nachfragemöglichkeiten gegenüberstehen. In der Folge sinkt die in Güter- bzw. Leistungseinheiten gemessene Kaufkraft des Geldes, was sich an einem Prozess anhaltender Preisniveausteigerungen ablesen lässt. Der hierfür verwendete Begriff des Preisniveaus wird in der Regel als ein in geeigneter Weise gewichteter Durchschnitt aller Güter- bzw. Leistungspreise definiert. Von einer so verstandenen inflationären Steigerung des allgemeinen Preisniveaus sind bloße Schwankungen von Einzelpreisen zu unterscheiden, deren Flexibilität eine wichtige Grundlage für eine effektive Abstimmung von Angebot und Nachfrage im funktionierenden Marktmechanismus darstellt. Je nach Ausmaß und Tempo des inflationären Prozesses wird in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion zwischen „*schleichender*“, „*galoppierender*“ bzw. „*Hyper-Inflation*“ unterschieden, wobei die begrifflichen Grenzen hierbei allerdings kaum in allgemein akzeptabler Weise zu ziehen sind; vgl.: Jörg Jasper und Reinhard Kohler, „*Inflation*“, in: Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Band 5 – I-K, 14., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1997, S. 1857-1863; sowie: Helmut Creutz, „*Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung*“, Unveränderter Nachdruck der 5., komplett überarbeiteten und erweiterten Taschenbuchauflage, Druck & Verlagshaus Mainz. Wissenschaftsverlag, Aachen 2003, S. 179-198 [Anm. der Herausgeber].

Jahren die Erhöhungen dieser Lohneinkommen nicht mehr ausreichten, um die Anstiege der Zinslasten auszugleichen, sinkt seit dieser Zeit die reale Kaufkraft der Löhne – trotz zwischenzeitlicher Lohnerhöhungen – ständig weiter ab, womit sich die für viele immer noch rätselhafte Scherenöffnung zwischen Arm und Reich – sprich zwischen Arbeit und Besitz – erklärt!

2) Aktivitäten und Erfahrungen in der freiwirtschaftlichen Bewegung und mit dem politischen Umfeld

Frage: In welcher Form sind Sie in Kontakt zur freiwirtschaftlichen Bewegung getreten, nachdem Sie das Thema für sich entdeckt hatten? Sie haben bereits Hans Kühn erwähnt als Anstoßgeber, sich mit der Thematik zu beschäftigen. Wie gestalteten sich die weiteren Kontakte?

Helmut Creutz: Da ich hier in meinem näheren Umkreis niemanden fand, mit dem ich ernsthaft über diese Fragen reden konnte – ja, manche sogar so reagierten, als würde ich mich mit Pornographie befassen! –, versuchte ich dann Personen aufzutreiben, die sich auch mit dem Thema beschäftigten bzw. schon länger beschäftigt hatten. Auch über die weitere Korrespondenz mit dem bereits erwähnten Walter Michel erfuhr ich dann langsam mehr über diese ganze Bewegung. Vor allem erfuhr ich auch mehr von dem Vordenker dieser Geldreform, Silvio Gesell¹², dessen Namen ich noch nie gehört hatte. Ebenso fremd war mir der Begriff „Freiwirtschaft“, bei dem ich immer an ein Gartenrestaurant und Freibier denken musste und an den ich mich nur schwer gewöhnen konnte.

Um nun auch das persönliche Gespräch zu finden, bin ich dann eines Tages losgefahren. Zuerst zu Hans Kühn nach Osterode, dessen Schrift „5000 Jahre Kapitalismus“ mich zur Befassung mit der Geld-Thematik geführt hatte. Von da aus weiter nach Westberlin zu Walter Michel, diesem alten Handwerksmeister, der mit seinem Brief alles ausgelöst hatte. Über diese Brücke habe ich dann weitere wichtige Personen kennen gelernt, vor allem Heinz-Peter Neumann, der damals noch im Dienst war.¹³ Wenn ich mich recht erinnere, lernte ich bei ihm auch Josef Hüwe¹⁴ kennen, mit dem ich seitdem in einem regen und für mich fruchtbaren brieflichen Gedankenaustausch stehe. Heinz-Peter Neumann hatte mir auch zu einem brieflichen Kontakt zu Jörg Gude¹⁵ verholfen, der damals noch studierte, und der damit als Kenner

¹² **Silvio Gesell (1862-1930)**, deutsch-argentinischer Kaufmann und Sozialreformer, Begründer der Freiwirtschaftslehre; vgl.: Werner Onken, „*Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung. Eine Einführung in Leben und Werk*“, Verlag für Sozialökonomie. Gauke GmbH, Lütjenburg 1999 [Anm. der Herausgeber].

¹³ **Heinz-Peter Neumann (1923-1989)**, freiwirtschaftlicher Jurist, ab 1977 Erster Direktor der *Landesversicherungsanstalt Berlin/West*, u.a. in führender Position beteiligt an der offiziellen Gründung und vereinsrechtlichen Gestaltung des *Seminars für freiheitliche Ordnung e.V.* im Jahre 1961, zu Beginn der 1980er Jahre im Vorstand der *Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit*; vgl.: Werner Onken, „*Heinz-Peter Neumann. 24.4.1923-3.5.1989*“, in: Zeitschrift für Sozialökonomie. Mensch-Technik-Gesellschaft (mtg), hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., Gauke Verlag GmbH. Abt. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg, 26. Jhrg., 81. Folge / Juli 1989, S. 30-32; sowie: Günter Bartsch, „*Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93*“ (Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung 1, hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit / Hamburg und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. / Northeim), Gauke Verlag GmbH. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1994, S. 197-199 [Anm. der Herausgeber].

¹⁴ **Josef Hüwe (1938-2012)**, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung, seit 1960 mit Grundfragen der Volkswirtschaft befasst und für die Freiwirtschaft engagiert; vgl. Markus Henning, „*Gedanken an Josef Hüwe (1938-2012) – Ein Nachruf*“, in: *espero. Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung*, hrsg. von der Mackay-Gesellschaft, Berlin/Hamburg, 19. Jhrg., Nr. 72 / Juni 2012, S. 23-25 [Anm. der Herausgeber].

¹⁵ **Jörg Gude (*1954)**, Studium der Volkswirtschaftslehre und der Rechtswissenschaften, tätig in Wirtschaft und Verwaltung, zeitweise als Prokurist und Aufsichtsrat. Seit dem Jahr 2000 Dozent an der *Rheinischen Fachhochschule Köln* mit dem Schwerpunkt Volkswirtschaft. Zweiter Vorsitzender und Geschäftsführer der *Sozialwissen-*

der offiziellen Volkswirtschaftslehre für mich sehr interessant war. Durch Heinz-Peter Neumann – der leider viel zu früh verstorben ist – wurde ich auch auf die Veranstaltungen des *Seminars für freiheitliche Ordnung e.V.* hingewiesen, das damals jedes Jahr am Ammersee eine gut besuchte Sommertagung organisierte.¹⁶ Dort lernte ich auch den Verfassungsjuristen Professor Dieter Suhr¹⁷ kennen, mit dem ich ebenfalls einen längeren brieflichen Gedankenaustausch hatte, der leider, durch seinen tödlichen Bade-Unfall, ein allzu schnelles Ende fand. Nach und nach ergaben sich schließlich auch Kontakte zu einigen damals noch existierenden Restgruppen der Freiwirtschaftsbewegung, die von ihrer öffentlichen Ausstrahlungskraft her allerdings nicht mehr sehr bedeutend waren. Auch freiwirtschaftliche Publikationen gab es zu dieser Zeit, Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre, nur begrenzt, und zu vorzeigbaren Zeitschriften kam es erst, als Wilhelm Schmülling – heute Herausgeber der *Zeitschrift Humanwirtschaft* – das Blatt *Der Dritte Weg* übernahm.¹⁸ Neuere Bücher zum Thema gab es so gut wie gar nicht. Das Angebot beschränkte sich weitgehend auf das Hauptwerk von Silvio

schaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. und Mitglied der *Keynes Gesellschaft*; vgl. auch den Beitrag in diesem Band, S. ... - ... [Anm. der Herausgeber].

¹⁶ **Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)**, unabhängige freie Bildungseinrichtung auf überparteilicher und überkonfessioneller Grundlage, 1956 zunächst provisorisch als wissenschaftliche Gesellschaft ins Leben gerufen und 1961 formell-vereinsrechtlich konstituiert. Inhaltlich wesentlich geprägt von anthroposophischen, freiwirtschaftlichen, libertären und ordoliberalen Denktraditionen setzte sich das *SffO* von Anbeginn seiner Tätigkeit die Erarbeitung von Grundlagen einer zeitgemäßen, freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft im Sinne der „*Sozialen Dreigliederung*“ von Rudolf Steiner (1861-1925) zum Ziel. Neben der seit 1957 erscheinenden Schriftenreihe „*Fragen der Freiheit. Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft*“ bewährte sich das *SffO* seit seiner Gründung durch regelmäßig organisierte Kolloquien und Tagungen – mitunter auch durch unmittelbare Aktionen im politischen Raum – immer wieder als Begegnungs- und Kooperationsstätte von Freiwirtschaft und Anthroposophie. Vereinssitz war zunächst Herrsching/Ammersee, ab 1971 Eckwälden/Bad Boll, wo Ende 1985 auch eine eigene Tagungsstätte eröffnet werden konnte; vgl.: Redaktion „*Fragen der Freiheit*“, „*Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft – Zur Entstehungsgeschichte des Seminars für freiheitliche Ordnung (1945-1987) – Eine Dokumentation*“, in: *Fragen der Freiheit. Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft*, hrsg. vom Seminar für freiheitliche Ordnung, Koblenz, Folge 185 – März/April 1987, S. 4-89; Günter Bartsch, „*Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93*“ (Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung 1, hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit / Hamburg und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. / Northeim), Gauke Verlag GmbH. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1994, S. 199-203 und S. 259-263; sowie: Seminar für freiheitliche Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft e.V., „*Grundlagen und Ziele*“, (<http://www.sffo.de/zieluang.htm>; Ausdruck vom 03.09.2008), S. 1-3 [Anm. der Herausgeber].

¹⁷ **Dieter Suhr (1939-1990)**, seit 1976 Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik an der *Universität Augsburg* und seit 1985 Dekan der dortigen juristischen Fakultät, von 1983-1987 außerdem nichtberufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, seit Anfang der 1980er Jahre freiwirtschaftlich inspirierte Publikationen und Vorträge mit dem Ziel, zeitgemäße Verständnisbrücken zur ökonomischen und juristischen Fachwissenschaft aufzubauen; vgl.: Klaus Wulsten und Werner Onken, „*Dieter Suhr. 7.5.1939 in Windhuk-28.8.1990 auf Kreta*“, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, hrsg. von der Stiftung für persönliche Sicherheit und soziale Freiheit in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., Gauke Verlag GmbH. Abt. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg, 27. Jhrg., 87. Folge / Dezember 1990, S. 34-35 [Anm. der Herausgeber].

¹⁸ **Wilhelm Schmülling (*1928)**, gelernter Schriftsetzer aus Essen, Vorstandsmitglied der *Freisozialen Union (FSU)*, seit Dezember 1988 verantwortlicher Redakteur der *Zeitschrift Der Dritte Weg* (Hrsg.: *FSU*), bzw. ab Juni 2001 des Nachfolgeorgans *Humanwirtschaft* (Hrsg.: *Humanwirtschaftspartei*), seit Anfang 2007 Erster Vorsitzender des *Fördervereins Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.* als neuer Herausgeber der *Zeitschrift Humanwirtschaft*; vgl.: Kurt Kessler, „*Der Dritte Weg. Als ‚Chefredakteur‘ in eigener Sache*“, in: *Der Dritte Weg. Freisoziale Ordnung jenseits von Kapitalismus und Sozialismus-Kommunismus*, hrsg. von der Freisozialen Union – Demokratische Mitte, Hamburg, 19. Jhrg., Nr. 10/11 – Oktober/November 1988, S. 31; Wilhelm Schmülling, „*Editorial*“, in: *Humanwirtschaft. Zeitschrift für eine menschlichere Marktwirtschaft*, hrsg. von der Humanwirtschaftspartei, Verlag Humanwirtschaft, Nürnberg, 32. Jhrg., Ausgabe Juni/Juli 2001, S. 3; Wolfram Triebler, „*Wilhelm Schmülling zum 80. Geburtstag*“, in: *Zeitschrift Humanwirtschaft*, hrsg. von Wilhelm Schmülling, 1. Vorsitzender des Fördervereins Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, 39. Jhrg., Nr. 6 – November/Dezember 2008, S. 34; sowie auch den Beitrag in diesem Band, S. ... - ... [Anm. der Herausgeber].

Gesell „*Die Natürliche Wirtschaftsordnung*“¹⁹ und einige kleinere Druckwerke von dem bereits 1975 verstorbenen Karl Walker.²⁰ Während mir dessen klare und realitätsnahe Ausführungen sehr gefielen, habe ich das Werk von Gesell – immer noch auf der Suche nach Zahlen und damit Beweisen – nur partiell gelesen. Vor allem als es dort immer wieder um die Frage von Gold-Währung und -Deckung ging, hatte ich – wohl zu Unrecht, wie ich später erfuhr – die Lektüre zu früh aufgegeben.

Nicht zu vergessen sind die vielen kleineren Drucksachen, die hier und da erschienen, darunter auch solche von Georg Otto²¹, dem ich dann auch bei den *Grünen* begegnete und dessen nüchtern-sachliche Art ich auch heute noch ebenso schätze wie seine großen historischen Kenntnisse.

Was die Verwertung des Zahlenmaterials betraf, blieb ich jedoch weitgehend auf meine eigenen Studien angewiesen. Um mich intensiver in dieses Thema einarbeiten zu können, schraubte ich nach und nach meine wöchentliche Erwerbs-Arbeitszeit auf eine Vier-Tage-Woche zurück, um schließlich – mit 60 – aus dem normalen Berufsleben ganz auszusteigen, das bei mir – unterbrochen durch den Krieg – sozusagen mit 16 Jahren begonnen hatte.

Als erstes habe ich dann begonnen, meine Graphiksammlung am Zeichenbrett auszuweiten, um schließlich – mit diesen Graphiken und unter Verwendung der ersten von mir erschiene-

¹⁹ Silvio Gesell, „*Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*“, Nachdruck der 4. letztmalig vom Autor überarbeiteten Auflage (Freiland-Freigeldverlag, Rehbrücke bei Berlin 1920), in: Silvio Gesell, „*Gesammelte Werke Band 11 – 1920*“, hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit / Hamburg, Lektorat: Werner Onken, Gauke Verlag GmbH. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1991, S. XIII-390 [Anm. der Herausgeber].

²⁰ **Karl Walker (1904-1975)**, gelernter Buchbinder, mittelständischer Unternehmer, freiwirtschaftlicher Schriftsteller, Redakteur, Verlagslektor und Privatgelehrter. Ende der 1920er Jahre Kontakt zum *Fysokratischen Kampfbund* und zum *Freiwirtschaftsbund* in Berlin. Ab 1936 Abkehr von der anfänglichen Hoffnung, auf die nationalsozialistischen Machthaber Einfluss im Sinne einer freiwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik nehmen zu können. Mitarbeit am illegalen „*Pfingstprogramm 1943*“, das einen Neuaufbau der NWO-Bewegung nach dem erwarteten Zusammenbruch des NS-Regimes vorbereiten sollte. Nach 1945 Mitglied des *Neuen Bundes* in Berlin, kurzzeitig Redakteur der freiwirtschaftlichen Zeitschrift *Die Gefährten*, Herausgeber der 9. Auflage von Silvio Gesells Hauptwerk „*Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*“ (Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1949). Gründung der mittelständischen *WIR-Wirtschaftsring-Genossenschaft* 1950 in Berlin-West, bis 1963 Lektor im freiwirtschaftlichen *Rudolf Zitzmann Verlag* in Lauf bei Nürnberg. Ab Mitte der 1960er Jahre Aufbau eines *Rhein-Main-Zweiges der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.* mit dem Ziel einer Verwissenschaftlichung und selbstkritischen Überprüfung des freiwirtschaftlichen Gedankengutes. „*Karl Walkers Werk ist gewissermaßen ein Bindeglied zwischen dem Werk Silvio Gesells und der NWO-Bewegung im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts.*“ (Werner Onken, „*Zum Geleit*“, in: Karl Walker, „*Ausgewählte Werke*“, (Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung 2, hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit / Hamburg und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. / Northeim), Gauke Verlag GmbH. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1995, S. 7-19, hier: S.8) [Anm. der Herausgeber].

²¹ **Georg Otto (*1928)**, Lehrer aus Eberholzen, neben der Mitgliedschaft in der *Freisozialen Union (FSU)* bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre aktives Mitglied im Ortsverein der *SPD*, 1977 Mitbegründer des *Arbeitskreises 3. Weg (A3W)* und der Wählervereinigung *Grüne Liste Umweltschutz (GLU)* in Hildesheim, von 1977-1979 Mitglied im niedersächsischen Landesvorstand der *GLU*, Beteiligung bei der organisatorischen Vereinigung ökologischer Gruppierungen zur *Sonstigen Politischen Vereinigung (SPV) Die Grünen* anlässlich der Europawahl 1979 und bis 1980 Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, 1981-1985 Fraktionssprecher der *Grünen* im Kreistag Hildesheim, Sprecher der freiwirtschaftlich orientierten *Liberalsozialen in den Grünen*, seit 1990 Herausgeber der Zeitschrift *Die Alternative* bzw. der Nachfolgeorgane *Alternative 2000* und *Alternativen*; vgl.: Georg Otto, „*Zehn Jahre grüne Politik. Wege aus der Krise der Grünen*“ (Grüne Reihe Nr 1 – Perspektiven ökologisch-sozialer Politik. Eine Schriftenreihe aus liberal-sozialer Sicht), Anders Leben-Anders Wirtschaften, Eberholzen 1988, S. 5-21 und S. 40-43; Georg Otto, „*Es begann vor 20 Jahren. Zu den Anfängen der Grünen*“, in: *Alternative 2000. Zeitschrift für liberalsoziale Ordnung*, hrsg. von der Liberalsozialen Aktion für Arbeit, Umwelt, Gesundheit und Frieden und von den Liberalsozialen in Bündnis 90/Die Grünen Bundesrepublik Deutschland, Eberholzen, Nr. 22 / Frühjahr 1997, S. 6; Günter Bartsch, „*Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93*“ (Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung 1, hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit / Hamburg und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. / Northeim), Gauke Verlag GmbH. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1994, S. 190-193, S. 222 und S. 240-247, sowie den Beitrag in diesem Band, S. ... - ... [Anm. der Herausgeber].

nen Aufsätze – eine Serie von durchnummerierten Kleinschriften im A5-Format aufzubauen, die schließlich mehr als 40 Titel umfasste. Sie waren dann der Grundstock für einen Buch- und Schriftenversand mit Katalog und allen nach und nach erscheinenden Büchern, bis dieser Versand dann von den sich belebenden bzw. bildenden Organisationen selbst übernommen wurde.²²

Und das lief bei mir unter der Bezeichnung „*Gerechtes Geld – gerechte Welt*“. Unter dem gleichen Titel habe ich dann ab Mitte der 1980er Jahre auch einen variablen Ausstellungsstand konzipiert, vor allem für die evangelischen Kirchentage, mit entsprechenden Plakaten, Katalogen und Faltblättern.²³ Das ganze Standmaterial hatten wir in unserer Garage deponiert, die wir, nachdem wir unseren Wagen bereits 1980 abgeschafft hatten, nur noch als Fahrrad-Garage nutzten. Für die Transporte zu den Ausstellungsorten, darunter Düsseldorf, Frankfurt, München, Hamburg, Essen, Berlin und Basel liehen wir uns anfangs einen *Bully*, später für die größeren Stände auch einen LKW. Und da beim Kirchentag jeder sich anmeldenden Gruppe durchweg 20 qm Freifläche eingeräumt wurden, organisierte ich die Anmeldung mehrerer Gruppen, so dass wir Stände bis zu einer Größe von 80 qm hatten, mit eigenem Vortragsraum und stündlich wechselnden Vortragsthemen. Ein Blickfang und Knüller war dabei das später entwickelte große, sich drehende Zahnradgetriebe „*Warum kommen wir unter die Räder?*“, das die Brüder Lange inzwischen in einer solideren Ausführung nachgebaut haben!²⁴ Es machte jedes Mal erneut Spaß, mit den freiwilligen Helfern und Standbetreuern alles in einem halben Tag aufzubauen, und der Abbau und die Verladung erfolgten manchmal in Akkordzeiten.

Aber auch auf den jährlich stattfindenden Ökomessen im Süddeutschen Raum waren wir vielfach mit einem kleineren Stand von 12 bis 15 qm vertreten, der unter dem Namen lief: „*Wachstum bis die Erde stirbt!*“²⁵

Bei alledem hatte ich das große Glück, dass ich in meiner Partnerschaft und Ehe mit Barbara Krüger²⁶ nicht nur Verständnis für meine etwas ungewöhnlichen Aktivitäten fand, sondern in jeder Beziehung auch Interesse und volle Unterstützung! Und das gilt gerade auch für die erwähnten Ausstellungen, wie mancher noch in Erinnerung haben wird!

²² Von: Helmut Creutz, „*Gedanken über Wachstum. Arten des Wachstums. Probleme des Wachstums. Wachstum und Währung*“, [Von Helmut Creutz begründete Schriftenreihe. Nr. 1], Selbstverlag, Aachen o.J. [ca. 1980]; bis: Christoph Körner, „*Die Frage des Geldes als Schlüsselproblem der Wirtschaftsethik für die Theologie*“, Nachdruck aus: *Evang. Zeitschrift für Mitarbeiter der Kirche*. Heft 4/1991, [Von Helmut Creutz begründete Schriftenreihe. Nr. 95], Angela Hackbarth Verlag, St. Georgen o.J. [ca. 1992]; vgl. hierzu auch: „*Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Liefbare Bücher und Broschüren. Mit ausgewählten Buchbesprechungen und Verlagsregister. Biblioskript*“, Angela Hackbarth Verlag, St. Georgen 1992, S. 5-14 [Anm. der Herausgeber].

²³ Vgl.: „*Gerechtes Geld – gerechte Welt. Katalog zur Ausstellung mit Plakatmotiven und Erläuterungen*“, begründet durch Helmut Creutz / Aachen – fortgeführt durch die Arbeitsgruppe Gerechte Wirtschaftsordnung (AG GWO), 5. Auflage, Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll 1999 [Anm. der Herausgeber].

²⁴ Vgl.: Ulf Blendow, Thomas Pröls und Jens Hakenes, „*INWO auf dem Sozialforum in Erfurt*“ [Mit einer Abbildung des Räderwerkes „*Warum wir unter die Räder kommen*“], in: *Fairconomy für eine Welt mit Zukunft*, hrsg. von der INWO-D e.V., 1. Jhr., Nr. 2 / September 2005, S. 17. **Erich Lange** (*...), IG Metall-Betriebsrat im Volkswagen-Werk Baunatal, seit Juni 2007 im erweiterten Vorstand der *Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO-D e.V.)*, seit November 2008 Zweiter Vorstandsvorsitzender; vgl.: „*Neuigkeiten vom Vorstand der INWO*“, in: *Fairconomy für eine Welt mit Zukunft*, hrsg. von der INWO-D e.V., 3. Jhr., Nr. 3 / September 2007, S. 12-13; sowie: „*Neuer Vorstand mit neuen Ideen für die INWO Deutschland*“, in: *Fairconomy für eine Welt mit Zukunft*, hrsg. von der INWO-D e.V., 4. Jhr., Nr. 4 / Dezember 2008, S. 13 [Anm. der Herausgeber].

²⁵ Vgl.: „*Katalog zur Ausstellung: Wachstum... bis die Umwelt stirbt. Welche Rolle spielt das Geld*“, Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Landesverband Baden-Württemberg e.V. AK Wirtschaft und Finanzen. Verantwortlich für den AK: Rainer Bischoff / Täferrot, Selbstverlag von Helmut Creutz, Aachen o.J. [ca. 1992] [Anm. der Herausgeber].

²⁶ **Barbara Krüger-Creutz (*1944)**, Autorin; vgl.: Barbara Krüger, „*Mein Sohn Andi – Tagebuch einer Mutter*“, Verlag Herder KG, Freiburg im Breisgau 1979; sowie: Barbara Krüger, „*Timmi wird unser Sohn – Die Geschichte einer Adoption*“, Verlag Herder KG, Freiburg im Breisgau 1980 [Anm. der Herausgeber].

Frage: Würden Sie sich innerhalb der freiwirtschaftlichen Bewegung einer bestimmten Richtung, einer bestimmten Organisation oder einer bestimmten theoretischen Ausrichtung zuordnen?

Helmut Creutz: Eine eindeutige Antwort auf diese Frage fällt mir, ehrlich gesagt, schwer. Denn grundsätzlich unterschiedliche Richtungen, zwischen denen man wählen müsste, sehe ich innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung eigentlich nicht. Im Grunde sind es doch eher nur verschiedene Schwerpunktfelder, die von einzelnen Gruppierungen mehr oder weniger tief-schürfend ausgelotet worden sind. Dabei sehe ich jetzt mal von der Bodenfrage ab, die für das freiwirtschaftliche Reformkonzept ja genauso wichtig wie die Geldfrage ist, die ich persönlich aber – wie schon gesagt – nicht in dem Maße verfolgt habe. Außerdem schien mir die Bodenfrage eine Angelegenheit zu sein, die man eigentlich in fünf Minuten erklären kann – sollte man wenigstens meinen.²⁷ Demgegenüber sind bei der Geldfrage die Facetten doch wesentlich vielfältiger und komplizierter.

Mehr oder weniger habe ich jedoch fast alle freiwirtschaftlichen Organisationen und Richtungen unterstützt, die meisten auch durch Mitgliedschaften. Beispielsweise bin ich *INWO*-Mitglied, seit diese Organisation ins Leben gerufen wurde.²⁸ Dasselbe gilt auch für die *CGW* – *Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V.*, an deren Gründung ich unmittelbar beteiligt war. Ich weiß noch, wie im September 1986 hier in unserer Aachener Wohnung die letzten Mitglieder des freiwirtschaftlich-christlichen Verbandes *AfC* zusammensaßen und überlegten, ob man diesen Verein eingehen lassen oder noch einmal wiederbeleben sollte. Mit der Entscheidung für letzteres ging im April 1989 daraus die *CGW* hervor.²⁹ Auch dem *Seminar*

²⁷ Vgl. hierzu: Helmut Creutz, „*Bauen, Wohnen, Mieten. Welche Rolle spielt das Geld? Bau- und wohnungsbezogene Entwicklungen. Auswirkungen unserer Geld- und Bodenrechtsordnung. Mit 31 grafischen Darstellungen*“. Vorwort von Margrit Kennedy, hrsg. von der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. / Northeim, 2. unveränderte Auflage, Gauke Verlag GmbH. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1990, besonders S. 93-101 [Anm. der Herausgeber].

²⁸ Die *Internationale Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung (INWO-International)* war bereits im Mai 1982 in Kreuzlingen (Schweiz) als Nachfolgeorganisation der *Internationalen Freiwirtschaftlichen Union (IFU)* gegründet worden, um sich weltweit für die Verbreitung der volkswirtschaftlichen Reformideen Silvio Gesells (1862-1930) einzusetzen. In Deutschland hat sich ihr Ableger, die *Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO-D e.V.)*, inzwischen zur mitgliederstärksten Organisation der freiwirtschaftlichen Bewegung entwickelt. Insbesondere die organisationspolitischen Beschlüsse auf dem Juni 2002 in Steyerberg veranstalteten Symposium „*Regionalisierung einer globalen Wirtschaft durch neutrales Geld*“ sollten eine nennenswerte Auffrischung der Mitgliederbasis befördern. In der Folgezeit stieg die Mitgliederzahl der *INWO-D e.V.* von 170 im Jahr 2002 bis auf ca. 850 Ende des Jahres 2007 an. Lokal und regional vertreten ist die *INWO-D e.V.* über zahlreiche Ansprechpartner und Orts- bzw. Regionalgruppen; vgl.: Günter Bartsch, „*Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93*“ (Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung 1, hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit / Hamburg und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. / Northeim), Gauke Verlag GmbH. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1994, S. 313-323; sowie: Klaus Popp, „*Zwischenbilanz. Erfahrungen aus 19 Jahren Geldreform-Bewegung im Auftrag der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung. 03.02.2008*“, (<http://klaus-popp.info/bilanz-aus-19-jahren-fairconomy/>; Ausdruck vom 01.02.2008), S. 3-5; und „*INWO vor Ort. In zahlreichen Städten und Regionen ist die INWO bereits durch Ansprechpartner oder Regionalgruppen vertreten, die vor Ort für die INWO aktiv sind*“, in: *Fairconomy für eine Welt mit Zukunft*, hrsg. von der *INWO-D e.V.*, 1. Jhrg., Nr. 1 / Juni 2005, S. 9 [Anm. der Herausgeber].

²⁹ **Arbeitsgemeinschaft freiwirtschaftlicher Christen (AfC)**, 1950 in Wuppertal-Barmen als konfessionsübergreifende Vereinigung christlicher Männer und Frauen mit dem Ziel gegründet, auf die Kirchen und Freikirchen im Sinne der freiwirtschaftlichen Reformvorstellungen Silvio Gesells (1862-1930) einzuwirken. Geschäftsstellsitz der *AfC* war in Remscheid-Lüttringshausen, von wo ab 1955 die Zeitschrift *Glaube und Tat* herausgegeben wurde. Den Höhepunkt ihrer organisatorischen Entwicklung hatte die *AfC* 1960 mit ca. 100 Mitgliedern erreicht, bereits 1967 war die Mitgliederzahl auf 60, bis Mitte der 1970er Jahre auf nur noch 10 gesunken. 1978 Umbenennung in **Arbeitsgemeinschaft freiheitlich-sozialer Christen (AfC)** und programmatische Neuorientierung, welche die bisherige Ausrichtung auf die Freigeld- und Freiland-Lehre Gesells zugunsten eines tendenziell offeneren, allgemein sozial-ethischen Engagements zu erweitern suchte, das sich fortan ausdrücklich auch an Christen außerhalb der Kirchen wenden sollte. Nach einem vorübergehenden Aufschwung reduzierte sich der

für *freiheitliche Ordnung e.V.* bin ich schon in den 80er Jahren als Mitglied beigetreten, ebenso wie anderen parteipolitisch unabhängigen Gruppen, die sich mit der Geld- und Bodenordnung befassen. Außerdem wurde ich durch Heinz-Peter Neumann 1989 für seine Nachfolge im Vorstand der *Stiftung für Persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit* vorgeschlagen, die später in *Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung* umbenannt wurde, und in der ich bis 2002 als Vorstandsmitglied verblieb.³⁰

Überall dort, wo Leute sich mit dem freiwirtschaftlichen Thema beschäftigen, habe ich Kontakte gepflegt und versucht, meine eigenen Erkenntnisse mit einzubringen. Über diese verschiedenen Kanäle habe ich im Laufe der Zeit auch eine umfangreiche Vortragstätigkeit entwickelt, in deren Rahmen bis heute insgesamt mehr als 750 öffentliche Referate oder Wochenendseminare zustande kamen, anfangs auch im Umfeld der *Grünen*, in dem vor allem Georg Otto sehr aktiv war.

Misst man diese Aktivitäten an ihren Erfolgen, könnte man vielleicht enttäuscht sein. Und trotzdem kann ich feststellen, dass das Thema im Laufe der Jahrzehnte in der Öffentlichkeit doch immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Deutlich wird das etwa, wenn man sich das mittlerweile verfügbare Buchangebot zum Thema Geld vor Augen führt! Als 1986, gemeinsam mit Beiträgen von Werner Onken und Dieter Suhr das kleine Buch „*Wachstum bis zur Krise*“ im Berliner *Basis Verlag* erschien³¹, gab es nach meiner Erinnerung ansonsten noch

personelle Bestand der *AfC* allerdings bis 1986 wiederum bis auf 17 Mitglieder. 1989 Neukonstituierung als **Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. (CGW)** im Zeichen einer inhaltlichen Integration von christlichen, freiwirtschaftlichen sowie anthroposophischen Denktraditionen und einer programmatischer Öffnung der Geld- und Bodenreformbestrebungen für die Ideen eines human-ökologischen Steuersystems, fairer Betriebs- und Unternehmensverfassung, gerechter Sozialordnung und solidarischer Weltwirtschaft. Durch Eroberung neuer Tätigkeitsfelder, einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation mit anderen parteiunabhängigen Organisationen innerhalb des freiwirtschaftlichen Spektrums konnte *CGW* im Laufe der 1990er Jahre ihre Mitgliederzahl auf über 200 nahezu verachtfachen, ein Niveau auf dem sie sich bis zum Frühjahr 2008 stabilisiert hat. Sitz der *CGW* ist in Kehl, ab 1993 befand sich die Geschäftsstelle zunächst in Hatzenbühl, seit 1999 in Berlin, von wo aus der vierteljährlich erscheinende *CGW-Rundbrief* versandt wird; vgl.: Günter Bartsch, „*Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93*“ (Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung 1, hrsg. von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit / Hamburg und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. / Northeim), Gauke Verlag GmbH, Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1994, S. 194-197 und S. 226-230; Günter Bartsch, „*Auf der Suche nach Gerechtigkeit. Zukunftspotentiale aus 50 Jahren AfC/CGW*“, hrsg. von den Christen für Gerechte Wirtschaftsordnung (CGW), Eigenverlag, o.O. 2000, S. 15-21, S. 31-33, S. 43-63 und S. 87-103; sowie: Rudolf Mehl, „*Aus der CGW-Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 01. Mai 2008, 16.00-18.00 Uhr in Birkenwerder*“, in: *CGW-Rundbrief*, hrsg. vom Verein Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V., Berlin, Nr. 08/2 – Juni 2008, S. 4 [Anm. der Herausgeber].

³⁰ **Stiftung für Persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit**, 1973 in Hamburg als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit der satzungsmäßig verankerten Zielsetzung gegründet, die freiwirtschaftlich orientierte Forschung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu fördern und deren Ergebnisse in Wort und Schrift zu verbreiten, u.a. seit 1976 Herausgeberin von „*mtg. mensch – technik – gesellschaft. Zeitschrift für Sozialökonomie*“ (in Zusammenarbeit mit der *Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.*), zur besseren Verdeutlichung des Satzungszweckes 1997 Umbenennung in **Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung**; vgl.: mtg-Redaktion, „*Liebe mtg-Leser*“, in: *mtg. mensch – technik – gesellschaft. Zeitschrift für Sozialökonomie*, hrsg. von der Stiftung für Persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit – Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts – in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., Hamburg, 11. Jhr., 30. Folge / März 1976, S. 33; sowie: „*Umbenennung der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit*“, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, hrsg. von der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., Gauke Verlag GmbH, Abt. Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg, 34. Jhr., 113. Folge / Juli 1997, S. 36 [Anm. der Herausgeber].

³¹ Vgl.: Helmut Creutz, Dieter Suhr und Werner Onken, „*Wachstum bis zur Krise. Drei Aufsätze*“ (Ökonomie Alternativen 2, Lektorat: Klaus Schmitt), Basis Verlag GmbH, Berlin 1986 (2. Auflage hrsg. von der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, o.O., o.J. [ca. 1990]). In dem Sammelband sind die folgenden Beiträge enthalten: Helmut Creutz, „*Wachstum bis zur Selbstzerstörung? Auswirkungen des Zinssystems*“, S. 7-38; Dieter Suhr, „*Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertsyndroms*“, S. 41-61; Werner Onken, „*Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte. Die Selbsthilfeaktionen mit Freigeld*“, S. 63-87. **Werner Onken (*1953)**, Diplom-Ökonom, seit Mitte 1982 Redakteur der *Zeitschrift für Sozialökonomie*, seit 1983 Leiter der *Freiwirtschaftlichen Bibliothek. Wissen-*

nichts Aktuelles zur Geldreform-Thematik auf den Märkten. Heute ist das erfreulicherweise anders, und insofern würde ich sagen, dass man schon einen bescheidenen Fortschritt feststellen kann.

Frage: Welche internen Diskussionen bzw. Auseinandersetzungen haben Sie als prägend für sich und die freiwirtschaftliche Bewegung erfahren? Wie schätzen Sie beispielsweise die sog. Heinsohn/Steiger-Debatte ein, die gerade in Berlin vor einigen Jahren eine große Rolle spielte?³²

Helmut Creutz: Also direkt markante Punkte einer grundsätzlichen inhaltlichen Weichenstellung bzw. Neuorientierung könnte ich aus den letzten Jahrzehnten nicht benennen. Insgesamt entfalteten die freiwirtschaftlichen Diskussionen ganz langsam eine gewisse „Breitenwirkung“ – in Führungszeichen wohlgermerkt –, was die Dimensionen ihrer Ausstrahlungskraft angeht. Das Einbringen freiwirtschaftlicher Gesichtspunkte in eine größere Öffentlichkeit habe ich immer anzuregen, mitzufördern und zu unterstützen versucht.

Was nun speziell die Veröffentlichungen von Heinsohn/Steiger zur Eigentumsfrage betrifft, so habe ich mich damit eher nur am Rande befasst. Ohne mir damit ein abschließendes Urteil anmaßen zu wollen, empfinde ich diese spezielle Debatte persönlich eher als einen unnötigen Ballast statt als inhaltlich vorwärtsweisende Hilfe. Denn ob das Geld nun aus dem Tausch entstanden ist oder aus dem Eigentum, mag historisch und wissenschaftlich von gewissem Interesse sein. Aber für unsere heutige Problematik und damit auch für die Lösung unserer aktuellen Fragen in Sachen Geld scheint mir so etwas eher belanglos, wenn nicht sogar praktisch bedeutungslos zu sein. Entscheidend ist doch, welche Fehler oder Schwachpunkte unser heutiges Geldsystem hat und wie wir diese überwinden können.

3) Fazit der eigenen Tätigkeit bzw. des Stellenwertes der Freiwirtschaft

Frage: Wie beurteilen Sie das soziale Miteinander innerhalb der freiwirtschaftlichen Bewegung, beispielsweise was die allgemeine Diskussionskultur und den Umgang mit abweichenden Meinungen angeht? Überwiegen für Sie diesbezüglich eher positive oder eher negative Erfahrungen?

schaftliches Archiv in Varel, das im Herbst 2007 als *Archiv für Geld- und Bodenreform* in die Bibliothek der *Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg* aufgenommen wurde. Lektor von „*Silvio Gesell. Gesammelte Werke*“ in 18 Bänden (Gauke GmbH-Verlag, Fachverlag für Sozialökonomie, Hann. Münden bzw. Lütjenburg 1988-1997); vgl.: „*Damit die Ideen weiter wirken... Seit 1983 hat Werner Onken das ‚Archiv für Geld- und Bodenreform‘ aufgebaut. Um es einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wurde es nun in die Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität aufgenommen. Bei der feierlichen Eröffnungsveranstaltung am 10. November 2007 war viel Wissenswertes zur Ideengeschichte unserer Bewegung zu hören*“, in: *Fairconcomy für eine Welt mit Zukunft*, hrsg. von der INWO Deutschland e.V., 4. Jhrg., Nr. 1 / März 2008, S. 20-21; sowie: den Beitrag in diesem Band, S. ... - ... [Anm. der Herausgeber].

³² **Gunnar Heinsohn (*1943)**, Soziologe und Ökonom, seit 1984 Professor für Sozialpädagogik an der *Universität Bremen*. **Otto Steiger (1938-2008)**, ab 1973 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der *Universität Bremen*. In gemeinsamen Publikationen wie „*Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft*“ (Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg 1996) oder „*Eigentumsökonomik*“ (Metropolis Verlag, Marburg 2006) versuchten Heinsohn/Steiger, der klassischen und neoklassischen Schule ein neues wirtschaftswissenschaftliches Paradigma entgegenzusetzen. Dieses geht im Kern davon aus, dass die Institutionalisierung von Eigentumsrechten durch eine grundbuch- und katastermäßige Dokumentation die historisch und systematisch unabdingbare Grundlage einer funktionierenden Geldwirtschaft sei. Geld sei in erster Linie kein Tauschgut, sondern ein Vermögensderivat, das lediglich als Tauschmittel akzeptiert werde, weil ihm Vermögenswerte zugrunde liegen. Ein Ansatz, den Heinsohn/Steiger mit dem Anspruch einer „wissenschaftlichen Revolution“ zur Neuerklärung des Wirtschaftens und der Entstehung von Zins, Geld und Märkten vortrugen. Ihre Theorie der Eigentumswirtschaft wurde auch in Teilen der Freiwirtschaftsbewegung als grundsätzliche Infragestellung der eigenen Ansätze zur Geld- und Bodenreform diskutiert [Anm. der Herausgeber].

Helmut Creutz: Grundsätzlich und in aller Deutlichkeit abweichende Meinungen würden sich innerhalb einer thematisch doch relativ klar definierten Bewegung, wie sie die Freiwirtschaft darstellt, automatisch selbst isolieren. Varianten innerhalb des Meinungsspektrums muss man allerdings akzeptieren. Die Bedeutung solcher neuer Meinungen oder auch konträrer Gesichtspunkte, die in die bewegungsinternen Debatten eingebracht werden, versuche ich immer an ihrem Realitätsgehalt zu bemessen: Halten die ihnen zugrunde liegenden Behauptungen einer empirischen Überprüfung statt? Und falls sie sich nicht beweisen lassen, dann sind sie für mich eher fragwürdig, wenn nicht sogar uninteressant.

Ich bin so ein Typ, der immer versucht, von den tatsächlichen Gegebenheiten auszugehen. Ebenso bin ich immer bestrebt, Korrekturen ganz konkret da anzusetzen, wo die Ursachen greifbar und die Probleme sichtbar werden – nicht aber unbedingt gleich ein ganzes Ideologiegebäude mit allen möglichen Fragen der politischen Gestaltung daran aufzuhängen.

Wenn ein Motor nicht richtig funktioniert, dann muss man – aus meiner pragmatischen Sicht – festzustellen versuchen, woran es liegt. Falls es an einem verstopften Vergaser liegt, dann muss man den eben sauber machen oder gegebenenfalls austauschen. Man braucht aber keinesfalls den gesamten Motor auseinander zu nehmen oder sogar einen ganz neuen Motor entwickeln.

Frage: Hat sich die freiwirtschaftliche Bewegung im Laufe der letzten Jahrzehnte aus ihrer Sicht eher zum Positiven oder eher zum Negativen entwickelt? Ist sie der Verwirklichung ihrer Zielsetzungen näher gekommen? Besitzt die Freiwirtschaft heute das Potential, auf aktuelle gesellschaftspolitische Probleme Antworten zu finden?

Helmut Creutz: Die Frage, ob die Freiwirtschaftsbewegung ihrem Ziel näher gekommen ist, kann man nicht direkt bejahen.

Aber die allgemeine Entwicklung kommt der Geldreformbewegung zweifellos entgegen. Denn die täglich zunehmenden Probleme verraten immer deutlicher ihre Quelle – zumindest wenn man bereit ist, dieser Quelle nachzugehen. Dass dies bis heute nicht oder nur unzulänglich geschieht, zeigt immer deutlicher, wie abgehoben unsere heutigen Wirtschaftswissenschaftler von den Realitäten sind. Denn während diese Realitäten immer klarer beweisen, dass die Probleme aus Fehlstrukturen und Fehlentwicklungen im Geldbereich resultieren, bieten uns die Wissenschaftler einen Strauß gegenteiliger Meinungen und Auffassungen an, die manchmal an die Sprachverwirrungen beim Turmbau von Babel erinnern.³³

Dabei haben eigentlich schon die Normalbürger auf der Straße begriffen, dass die Banken- und Finanzmarktkrisen doch offensichtlich durch grundlegende Fehler in unsrem Geldsystem verursacht sein müssen. Ginge man dieser Spur einmal intensiver nach, dann würde man förmlich über die Überentwicklungen der Geldvermögen und die dahinter stehenden Mechanismen stolpern!

Denn wenn diese Geldvermögen (und damit die Geldschulden) z.B. in Deutschland von 1991 bis 2000 in jedem Jahr um durchschnittlich 335 Milliarden *Euro* angestiegen sind, das Sozialprodukt aber nur um 58 Milliarden und die Nettolöhne- und -gehälter sogar nur um 10 Milliarden, müsste doch jeder nachdenklich werden. Das vor allem, wenn er dann noch zur Kenntnis nehmen muss, dass die Zinserträge der Banken jährlich um 20 Milliarden zugenommen

³³ **Turmbau zu Babel / Babylonische Sprachverwirrung:** Alttestamentarischer Mythos (1 Mose 11), dem das antike Babylon (hebr.: Babel) als Sinnbild der Unordnung und Verworfenheit gilt. Um „sich einen Namen zu machen“, gehen die Einwohner der Stadt daran, einen Tempel zu bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reichen soll. Der sich hierin ausdrückende Hochmut wird jedoch durch den erzürnten Gott Jahwe bestraft, indem er die Sprachen der Erbauer verwirrt und ihnen dadurch die Vollendung des Turmbaus unmöglich macht; vgl. hierzu auch: „Geflügelte Worte. Zitate, Sentenzen und Begriffe in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang“, zusammengestellt und kommentiert von Kurt Böttcher, Karl Heinz Berger, Kurt Krolop und Christa Zimmermann, 4., durchgesehene Auflage, VEB Bibliographisches Institut, Leipzig 1985, S. 97 und S. 124 [Anm. der Herausgeber].

haben. Wie ich schon sagte: Die Erhöhungen der Nettolöhne haben noch nicht einmal ausgereicht, um die sich in allen Preisen niederschlagenden erhöhten Zinskosten abzudecken! Die Folge davon ist, dass die normalen Haushalte im gleichen Umfang tendenziell ärmer werden mussten wie die bereits reichen Minderheiten reicher!

Frage: Also könnte man mit vorsichtigem Optimismus sagen: Die Freiwirtschaft hat eine Zukunft, gerade weil die aktuellen Probleme ja zu den freiwirtschaftlichen Antworten hin tendieren?

Helmut Creutz: Mit dem Begriff „Freiwirtschaft“ habe ich zwar – wie anfangs ausgeführt – persönliche Schwierigkeiten und rede darum lieber von einer Geld- und Bodenreformbewegung, aber grundsätzlich sollte man hoffen, dass die derzeitige Krise auch eine Chance zur Besinnung beinhaltet und auch die Ökonomen aufweckt.

Aber leider sucht man auch jetzt die Ursache für die Krise immer noch in den verschiedensten vordergründigen Erscheinungen, die allenfalls Katalysatoren oder Verstärker der Folgen des grundsätzlichen Fehlers im Geldbereich sind, während sich die eigentliche Ursache letztlich an den dauernden positiven und damit marktwidrigen Zinsen festmachen lässt. Gerade weil für mich die Wachstumsfrage aus ökologischen Gründen so ausschlaggebend war, habe ich sehr rasch begriffen, dass ständig positive Zinsen auch zu einem ständigen Wachstum zwingen, wenn man den sozialen Frieden halbwegs erhalten will. Denn ohne diese ständige Steigerung der Wirtschaftsleistung würde das Gros der Bevölkerung in vollem Umfang in dem Maße ärmer werden müssen, wie die bereits Reichen durch die Zinsen reicher. Da aber die Wirtschaftsleistung immer weniger im Gleichschritt mit den Geldvermögen, Schulden und Zinsströmen gesteigert werden kann – wie vorhin schon dargelegt –, nimmt inzwischen auch bei uns das Wachstum der Armut zu.

Diese Aus- und Wechselwirkungen habe ich schon in den 80er Jahren in meinen Veröffentlichungen anhand statistischer Zahlen nachgewiesen, vor allem auch die sich ergebende Zwickmühle: Entweder mit Wachstum in den ökologischen, oder ohne Wachstum in den sozialen Kollaps! Und aus dieser Zwickmühle kommen wir nur heraus, wenn die Zinssätze unter die Wachstumssätze fallen! Weil das meines Erachtens der Knackpunkt unserer ganzen Problementwicklungen ist, bin ich so dankbar, dass der Wirtschaftsmathematiker Professor Dr. Jürgen Kremer, angeregt durch meine Veröffentlichungen, diese von mir empirisch gewonnenen Erkenntnisse im letzten Jahr durch eine umfangreiche wissenschaftliche Untersuchung bestätigt hat.³⁴

³⁴ Vgl.: Jürgen Kremer, „*Ein zinsbasiertes Finanzsystem ist volkswirtschaftlich falsch. Die Standard-Volkswirtschaftslehre beruht auf Voraussetzungen, die zum Teil unrealistisch und sogar fehlerhaft sind. Dies machen neuere wissenschaftliche Erkenntnisse deutlich. Wir brauchen alternative Theorien, die die ökonomische Wirklichkeit erklären helfen. Einen Beitrag hierzu will die Dynamische Analyse leisten*“, in: Fairconomy für eine Welt mit Zukunft, hrsg. von der INWO-D e.V., 3. Jhrg., Nr. 4 / Dezember 2007, S. 6-7; sowie: Jürgen Kremer, „*Eine andere unsichtbare Hand des Marktes: Von den blinden Flecken der Volkswirtschaftslehre. Die durch Zinsen wachsenden Vermögen und Schulden sollten als schwerwiegendes volkswirtschaftliches Problem wahrgenommen werden*“, in: Humane Wirtschaft, hrsg. vom Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, Nr. 01 – Januar/Februar 2009, S. 2-12. **Jürgen Kremer (*...)**, Professor für Wirtschaftsmathematik am RheinAhrCampus Remagen, von Juni 2007 bis November 2008 im erweiterten Vorstand der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO-D e.V.); vgl.: „*Neuigkeiten vom Vorstand der INWO*“, in: Fairconomy für eine Welt mit Zukunft, hrsg. von der INWO-D e.V., 3. Jhrg., Nr. 3 / September 2007, S. 12-13; sowie: „*Neuer Vorstand mit neuen Ideen für die INWO Deutschland*“, in: Fairconomy für eine Welt mit Zukunft, hrsg. von der INWO-D e.V., 4. Jhrg., Nr. 4 / Dezember 2008, S. 13 [Anm. der Herausgeber].

4) Biographische Selbstauskünfte

Frage: Bitte sagen Sie uns etwas zu den familiären, sozialen und politischen Rahmenbedingungen Ihres persönlichen Lebensweges.

Helmut Creutz: Ich wurde am 8. Juli 1923 in Aachen geboren und bin bis heute dort ansässig. Diese lebenslange Verwurzelung resultiert allerdings nicht daraus, dass ich mich an diese Gegend gebunden gefühlt hätte. Es hat sich einfach so ergeben – auch eine Folge der schon erwähnten zufälligen Weichenstellungen, die eigentlich wohl jeden Lebensweg geprägt haben, vor allem beeinflusst durch die Kriegs- und Nachkriegszeiten.

Für damalige Verhältnisse wuchs ich recht normal auf. Mein Vater war Telegraphenarbeiter bei der Eisenbahn. 1923, das Jahr meiner Geburt, war bekanntlich das Jahr der großen Inflation.³⁵ Und 1923 war auch das Jahr, in dem die Bahnarbeiter im Rheinland, aufgrund des Ruhr-

³⁵ **Inflation von 1923**, hyperinflationärer Gipfelpunkt eines mit zunehmend destruktiver Dynamik zutage tretenden Währungsverfalls; hauptsächlich verursacht durch eine Politik unkontrollierter Geldschöpfung, die in Deutschland während und nach dem Ersten Weltkrieg (1914-18) zur Abdeckung von Kriegskosten und angehäufter Staatsschulden betrieben worden war. Bereits im Herbst 1914 war per Regierungsdekret die seit Ende 1871 im Deutschen Reich geltende Goldkernwährung abgeschafft worden, welche die Geldmengenspolitik bislang durch die Verpflichtung limitiert hatte, in einem festen Verhältnis zur in Umlauf gesetzten Papiergeldmenge Deckungssicherheiten in Gold vorzuhalten. Mit Aufhebung ihrer Goldeinlöschungspflicht wurde die Reichsbank grundsätzlich ermächtigt, Reichsschatzwechsel als Währungsdeckung zu verwenden, was in der Folgezeit zur unbedenklichen Betätigung der Notenbankpresse und damit zu einer gigantischen Geldmengenausweitung genutzt wurde – bei gleichzeitiger relativer und absoluter Verknappung des zivilen Güterangebotes. Aufgrund staatlicher Zuteilung und verordneter Höchst- bzw. Richtpreise für viele Konsumgüter bis Kriegsende kaum spürbar, enthüllten sich die inflationären Auswirkungen der Kriegsfinanzierung in den Jahren nach der Revolution von 1918/19 in immer stärkerem Maße. Insbesondere dadurch, dass das zusätzlich gedruckte Geld nunmehr auch zur Rückzahlung der Kriegsanleihen, d.h. zur Abtragung der inneren Staatsschuld, verwendet wurde, brach die bis dahin zurückgestaute Inflation schließlich auf kaum vorstellbare Weise an die Oberfläche durch. Während der letzten Phase dieser Entwicklung im Jahr 1923 verfielen Binnenkaufkraft und der in Wechselkursen ausgedrückte Außenwert der *Mark* galoppierend und buchstäblich von Stunde zu Stunde, was in sozialer Hinsicht einer stürmischen Welle massenhafter Enteignung der Geldeigentümer und Sparer bei gleichzeitiger Privilegierung von Schuldnern und Inhabern von Sachvermögen gleichkam. Der weitgehende Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs in Geldform hatte darüber hinaus auch verheerende Kreislaufstörungen der Gesamtwirtschaft zur Folge, die schließlich einen währungspolitischen Neuanfang als unabdingbar erscheinen ließen. Dem Zweck der Wiedereinsetzung eines Stabilität verheißenden, allgemein anerkannten Zahlungsmittels sollte die als Übergangswährung konzipierte *Rentenmark* dienen, die – durch ein Kapital aus landwirtschaftlichen und industriellen Grundschulden gedeckt – im November 1923 mit einem Umstellungskurs von 1 zu 1 Billionen alter *Mark* eingeführt wurde. Auch wenn der *Rentenmark* kein mobilisierbarer Wert als Deckung hinterlegt war, erwies sich nach den traumatischen Erfahrungen der Inflation allein schon die Verheißung als psychologisch wirksam, dass die Geldmenge fortan ganz wesentlich an das nicht vermehrbare Naturgut Grund und Boden gebunden sein sollte. Flankiert durch weitere währungspolitische Sicherungsmaßnahmen bewährte sich die *Rentenmark* daher für die Zeitdauer ihrer Existenz als erste nicht an eine Golddeckung gebundene und dennoch relativ stabile Papierwährung. Bereits ein Jahre später (1924) wurde sie durch die neue, wiederum goldkerngedeckte *Reichsmark* ersetzt, mit der die endgültige Stabilisierung des Geldes herbeigeführt und die deutsche Wirtschaft wieder sinnvoll mit dem internationalen Währungssystem und dem Weltmarkt verbunden werden sollte. Die Notwendigkeit, einen hinreichend großen Goldkern aufzubauen, zu dem das neue Papiergeld in ein festes Verhältnis zu setzen war, brachte die möglichen Spielräume binnenwirtschaftlicher Geldmengenregulierung allerdings von vornherein in starke Abhängigkeit von Goldzuflüssen und Auslandskrediten aus den USA, in welche zwischenzeitlich die Edelmetallreserven der meisten Länder abgeflossen waren. Nach einem Zwischenspiel anleihefinanzierten Aufschwungs hatte die direkte Anbindung an die us-amerikanische Wirtschaftsentwicklung schließlich wesentlichen Anteil daran, dass die dem internationalen Goldwährungssystem angeschlossenen Nationalökonomien – die deutsche eingeschlossen – im Jahr 1929 mit in den Strudel der Weltwirtschaftskrise gerissen wurden, zu der sich der New Yorker Börsenkrach desselben Jahres ausgeweitet hatte; vgl.: Hans Jaeger, „*Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland*“ (Neue Historische Bibliothek, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler), Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1988, S. 106f., S. 137f. und S. 146-149; sowie: Bernd Senf, „*Der Nebel um das Geld. Zinsproblematik. Währungssysteme. Wirtschaftskrisen. Ein Aufklärungsbuch*“, 5., überarbeitete Auflage, Gauke Verlag GmbH, Fachverlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1998, S. 57-66 [Anm. der Herausgeber].

Ruhrkampfes, ausgesperrt und damit arbeitslos waren.³⁶ Die Zeit, in der ich groß wurde, war für meine Eltern somit alles andere als leicht – als Kind bekam ich davon allerdings nicht viel mit. Von klein auf war ich an ein bescheidenes Leben gewöhnt. Da ich das in unserer Umgebung bei anderen auch so erlebte, hatte ich damit nie irgendwelche Probleme. 1927, als ich vier Jahre alt war und mein Vater als Kraftwagenfahrer bei der Bahnpolizei eine Stellung bekommen hatte, zogen wir ins Aachener Stadtgebiet, direkt hinter den Hauptbahnhof, in eine Dienstwohnung. Von unserem Hof aus konnte man direkt auf die Bahnsteige gucken, was für mich als Kind höchst spannend war.

Ab Ostern 1929 besuchte ich acht Jahre die Volksschule und hatte mit gut dreizehneinhalb Jahren bereits eine Lehrstelle in Aussicht. Da ich aber – ansonsten eher im Mittelfeld – mein letztes Volksschuljahr als Klassenbester abschloss, wurde meinen Eltern für mich eine Freistelle an der städtischen Knaben-Mittelschule angeboten, um dort in weiteren drei Jahren das sog. „Einjährige“ zu machen. Ohne diese Freistelle wäre ein weiterführender Schulbesuch für mich nie möglich gewesen. Soweit ich mich erinnere, kostete ein Besuch der Mittelschule zur damaligen Zeit 15 oder 25 *Reichsmark* im Monat und auf dem Gymnasium war das Schulgeld noch zehn Mark höher. Da so etwas für meinen Vater unbezahlbar war, hatte das Thema bei uns – wie auch bei der Mehrheit aller anderen Kinder um mich herum – nie angestanden.

So erfreulich dieses schulische Förderangebot auf der einen Seite war, sagte mein Vater doch nur mit Verzögerung zu, denn als Lehrling hätte ich einige Mark zu Haushaltsführung beisteuern können.

Mit Ende der Mittelschule stand für mich nur ein Berufswunsch fest: Ingenieur im Flugzeugbau! Das hatte sich bei mir vor allem durch den Flugmodellbau ergeben, der schließlich dazu führte, dass ich während meiner Mittelschulzeit wöchentlich einmal eine Modellbaugruppe leitete, wodurch ich mich auch vor dem Eintritt in die *Hitler-Jugend* drücken konnte, bei der es mir inzwischen zu viele Aufmärsche und ähnlich zeitraubende Veranstaltungen gab.³⁷

³⁶ **Ruhrkampf**, Bezeichnung für eine Phase heftiger Spannungen und Auseinandersetzungen im Anschluss an die im Januar 1923 erfolgte Besetzung und zolltechnische Abtrennung des Ruhrgebietes durch französisch-belgische Truppen. Maßgeblich von der Regierung Frankreichs als Vergeltung für die Nichterfüllung deutscher Reparationsverpflichtungen veranlasst, verband die Invasion strategische Motive einer militärisch-nationalen Sicherheitspolitik mit wirtschaftlichen Interessen der französischen Schwerindustrie an einem möglichst ungehinderten Zugang zu den Kohlevorkommen an der Ruhr, dem industriellen Kerngebiet des Deutschen Reiches. Auf die französische Doktrin der „produktiven Pfänder“ antwortete die betroffene Bevölkerung mit einer weitgehenden Stilllegung von Gruben, Fabriken und Bahnen, ging mit zunehmender Eskalation der Verhältnisse vereinzelt aber auch zu aktiven Sabotageakten über. Die Reichsregierung unterstützte den „passiven Widerstand“, indem sie ihren Beamten befahl, keine Anweisungen der Besatzungstruppen auszuführen, und den Eisenbahnern ausdrücklich verbot, Ladungen nach Frankreich oder Belgien abzufertigen. Die Finanzierung des arbeitslosen Ruhrgebietes aus der Staatskasse hatte allerdings einen zusätzlichen Beschleunigungseffekt auf die allgemeine Inflation und trug erheblich dazu bei, die Reichsfinanzen vollends zu zerrütten. Da es den Besatzungsbehörden im Laufe der Zeit zudem immer besser gelang, Zechen und Transportmittel mit eigenen Kräften für sich in Gang zu bringen, sah sich die Große Koalitionsregierung unter Kanzler Gustav Stresemann (1878-1929) Ende September 1923 schließlich gezwungen, in Absprache mit Vertretern der rheinischen Wirtschaft den Ruhrkampf offiziell abzubrechen. Nachdem es ab November 1923 zur Wiederaufnahme der Arbeit in deutschen Firmen gekommen war, und sich Frankreich und Belgien unter diplomatischem Druck seitens der USA und Großbritanniens im Sommer 1924 zu einem Rückzug binnen Jahresfrist verpflichtet hatten, wurde das Ruhrgebiet dann bis Ende Juli 1925 wieder geräumt; vgl.: Karl Dietrich Erdmann, „*Die Weimarer Republik*“ (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearbeitete Auflage, hrsg. von Herbert Grundmann. Band 19), 11. Auflage: 91.-96. Tausend, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München 1993, S. 165-178 und S. 196-202 [Anm. der Herausgeber].

³⁷ **Hitler-Jugend (HJ)**: auf dem *NSDAP*-Parteitag 1926 als nationalsozialistischer Jugendverband konstituiert, zunächst der *Sturmabteilung (SA)* unterstellt und schwerpunktmäßig für Demonstrations- und Agitationszwecke eingesetzt. Mit Errichtung der *NS-Herrschaft* ab Januar 1933 funktionale Neuausrichtung und Etablierung als verlängerter Arm des Staates mit dem programmatischen Ziel einer totalitären Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche der deutschen Jugend, Anstieg der Mitgliederzahlen durch sukzessive Ausschaltung, Verbot oder zwangsweise Eingliederung anderer Verbände der Jugendbewegung in die *HJ*. Im Juli 1933 Neugliederung der *HJ* in folgende Organisationen: *Hitler-Jugend* (für die 14-18jährigen Jungen), *Deutsches Jungvolk* (für die 10-14jährigen Jungen), *Bund Deutscher Mädel* (für die 14-18jährigen Mädchen) und *Jungmädelsbund* (für die 10-

Um die im Hinblick auf mein Berufsziel notwendige Ingenieursschule ohne Abitur besuchen zu können, musste man damals zwei Jahre Praktikum ableisten. Ein Jahr absolvierte ich in der *Waggonfabrik Talbot*, wo ich sämtliche Abteilungen durchlief und acht *Reichsmark* im Monat erhielt! Im zweiten Jahre wechselte ich an das *Aerodynamische Institut der Technischen Hochschule Aachen*, weil ich dachte, dort dem Thema Fliegen und Flugzeugbau etwas näher zu sein. Das war zwar in der Praxis nicht der Fall, aber ich konnte dort in einer sehr schön eingerichteten Werkstatt bei angenehmem Arbeitsklima tätig sein.

In dieser Zeit gab es in Aachen schon die ersten Bombenangriffe und für uns zusätzliche Luftschutz-Dienstbereitschaften über Nacht. Da man dafür jedes Mal ein Gratis-Frühstück und sogar – wie ich mich zu erinnern glaube – ein paar *Reichsmark* zusätzlich bekam, habe ich das auch gerne für andere übernommen.

Dezember 1941, nachdem ich achtzehn geworden war, wurde ich zum *Reichsarbeitsdienst* eingezogen.³⁸ Obwohl die normale Dienstzeit ursprünglich ein Jahr betrug, inzwischen aber auf sechs Monate verkürzt worden war, verblieb ich als Hilfsausbilder für den nächsten Jahrgang bis Ende 1942. Kaum zu Hause, erhielt ich die Einberufung zu den Pionieren, wogegen ich jedoch, unter Aufbietung meines ganzen Mutes, Beschwerde einlegte. Denn im Alter von 15 Jahren hatte ich die sogenannte *A-Prüfung* im Segelflug absolviert, durch die ich zur „fliegerisch vorgebildeten Bevölkerung“ gehörte, und diese hatte, nach einem Erlass des Reichsmarschalls Hermann Göring³⁹, einen Anspruch auf die Einberufung zur Luftwaffe. Im Hin-

14jährigen Mädchen), im März 1935 formale Einbindung der *HJ* als offizielle Parteigliederung in die *NSDAP*. Mit dem „*Gesetz über die Hitler-Jugend*“ vom Dezember 1936 endgültige Etablierung als Staatsjugend und zentrale Erziehungsinstanz neben Elternhaus und Schule, ab März 1939 gesetzlich verordnete „*Jugenddienstpflicht*“ für alle Jungen und Mädchen zwischen 10 und 18 Jahren mit entsprechenden Maßnahmen zur jahrgangsweisen und pflichtgemäßen Einbindung der gesamten deutschen Jugend durch die *HJ* (nach Angaben der parteioffiziellen Statistik waren bis Anfang 1939 bereits gut 98% der insgesamt 8,87 Millionen 10-18jährigen im Deutschen Reich als *HJ*-Mitglieder registriert). „*Anziehungskraft jugendverbandlicher Aktivität einerseits, Druck- und Zwangsmittel des NS-Staates andererseits brachten es zuwege, daß in der Tat die übergroße Mehrheit der Zehn- bis Achtzehnjährigen im Dritten Reich von der HJ-Erziehung erfaßt werden konnte.*“ (Arno Klönne, „*Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen*“, Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf/Köln 1982, S. 7), vgl. hierzu auch: Ebenda, S. 15-42; sowie: Hans-Christian Brandenburg, „*Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation*“, 2., durchgesehene Auflage, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1982, S. 146-185 [Anm. der Herausgeber].

³⁸ **Reichsarbeitsdienst (RAD)**, Organisation des nationalsozialistischen Machtapparates im Deutschen Reich, in der ab Juni 1935 jeder junge Mann zwischen 18 und 25 Jahren eine sechsmonatige, dem zweijährigen Kriegsdienst vorgelagerte Arbeitsdienstpflicht ableisten musste. Von den Machthabern in demselben Jahr wie die allgemeine Wehrpflicht verkündet, sollte sich die Dienstzeit im *RAD* unmittelbar an die Mitgliedschaft in den Organisationen der *Hitler-Jugend (HJ)* anschließen. Als Sozialisationsinstanz war der *RAD* somit Bestandteil eines durchgängigen Systems allgemeiner staatlicher Erfassung und Ausbildung, durch welche den nachwachsenden Generationen möglichst restlos die militaristischen und rassistischen Leitbilder der NS-Ideologie antrainiert werden sollten. Ab Beginn des Zweiten Weltkrieges im September 1939 wurde die sechsmonatige Arbeitsdienstpflicht auch auf junge Frauen ausgedehnt. Im weiteren Verlauf wurde die Dienstzeit, besonders für die jungen Männer, ständig verkürzt und betrug am Ende nur noch sechs Wochen, die ausschließlich zur militärischen Vorbereitung auf den Kriegseinsatz genutzt wurden; vgl.: Hans-Christian Brandenburg, „*Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation*“, 2., durchgesehene Auflage, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1982, S. 170-181; sowie: Arno Klönne, „*Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen*“, Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf/Köln 1982, S. 27-30 [Anm. der Herausgeber].

³⁹ **Hermann Göring (1893-1946)**, nach Absolvierung der Kadettenanstalt in Karlsruhe ab 1912 Infanterieleutnant, während des Ersten Weltkrieges (1914-18) Jagdflieger, 1922 von Adolf Hitler (1889-1945) zum Kommandeur der zwei Jahre zuvor als Kampftruppe der *NSDAP* gegründeten *Sturmabteilung (SA)* ernannt, 1923 beim sog. *Hitler-Putsch* in München schwer verwundet. Nach Flucht und vierjährigem Aufenthalt in Österreich, Italien und Schweden kehrte Göring 1927 nach Deutschland zurück und trat erneut in die *NSDAP* ein, in deren Hierarchie er bis 1940 zum designierten Nachfolger Hitlers aufstieg und eine für das NS-Regime beispiellose Ämterfülle auf sich vereinigte. 1928 war Göring als einer der ersten *NSDAP*-Abgeordneten in den Reichstag, 1932 zum Reichstagspräsidenten gewählt worden, ab 1933 u.a. preußischer Ministerpräsident und Reichsminister für Luftfahrt, ab 1935 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936 erhielt er als Beauftragter für den Vierjahresplan praktisch diktatorische Kontrollvollmachten über die deutsche Industrie, 1938 wurde er zum Generalfeldmarschall, 1939 zum Vorsitzenden des Reichsverteidigungsrates und 1940 zum Reichsmarschall ernannt. Göring

blick auf meine Berufspläne wollte ich das auf jeden Fall den Pionieren vorziehen. Dabei hatte diese „fliegerische Vorbildung“ in einem vierwöchigen Kurs bestanden, bei dem man, vorne auf einem kleinen Brett des so genannten Schulgleiters sitzend, mit einem Gummiseil in die Luft katapultiert wurde und zum Schluss eine Minute oben bleiben und zwei kurze Schwenker machen musste. Diese nun nützliche *A-Prüfung* und mein Einspruch waren auch wieder so eine kleine aber sehr entscheidende Weichenstellung auf meinem Lebensweg.

So wurde ich Anfang 1943 zur Luftwaffe eingezogen. Meine übliche dreimonatige Grundausbildung – wie immer eine ziemliche Schleiferei – absolvierte ich in einem vormaligen Nonnenkloster in der Nähe von Brüssel. Danach wurden wir auf Flugplätzen in Flandern, u.a. in Antwerpen und Ostende, als Wachmannschaften eingesetzt. Da ich aus meiner Zeit beim *Reichsarbeitsdienst* schon einen Dienstrang mitbrachte, wurde ich gleich zum Gefreiten und Wachhabenden befördert, was den Vorteil hatte, fast jeden Abend ausgehen zu können bzw. nach 24 Stunden Dienst 48 Stunden frei zu haben. Den Umständen entsprechend war der größte Teil meiner Militärzeit in Belgien für mich daher eine relativ angenehme Zeit. Flandern ist ein schöner Landstrich mit vielen alten Städten, und die Flamen erlebte ich im Allgemeinen als recht deutschfreundlich.⁴⁰

Im Herbst 1943 bekam ich dann die Einberufung zur Flugzeugführerschule ins bayerische Straubing. Dort standen zunächst drei Monate Segelflug in Plattling auf dem Programm mit sämtlichen noch fehlenden Segelflug-Prüfungen. Dann folgten in Landau drei Monate bis zur *A-Prüfung* im Motorflug mit kleinen Maschinen, dann – wiederum in drei Monaten – die *B-Prüfung* auf den größeren, etwas schwereren Maschinen in Straubing, und im Sommer war ich mit der Ausbildung fertig.

Ich erinnere mich noch an den Prüfungsflug, bei dem ich, zusammen mit unserem Oberleutnant, von Straubing nach Straßburg fliegen musste, wo zu meiner Überraschung die Kastanien schon in Blüte standen. Am nächsten Tag musste ich dann einen alten, französischen Doppeldecker nach Straubing überführen – mein erster längerer Alleinflug, am 1. Mai 1944 bei herrlichem Wetter im Tiefflug über Schwarzwald und Alb –, ich habe das Fliegen niemals mehr so genossen!

Für die weitere Ausbildung konnte man dann Wünsche äußern, ob Bomber-, Jäger- oder Aufklärer-Einheit. Ich hatte mich zwar bereits für Fernaufklärer entschieden, weil ich hoffte, dort die größten viermotorigen Maschinen fliegen zu können, aber mir wurde erklärt, dass ich mit einem zweiten aus unserer Gruppe als Fluglehrer ausgebildet werden würde!

Nach jeweils drei Wochen Umschulungen in Büdesheim und Quedlinburg folgte noch eine längere Blindflug-Ausbildung bei Cottbus, wo es – neben dem Simulator und den täglichen stundenlangen Flügen – jeden Tag mindestens eine Stunde Kopfrechnen gab. Denn bei den

war einer der Hauptverantwortlichen für die brutale Ausschaltung und Liquidierung politischer Gegner, für die Judenverfolgung und systematische Völkermord-Politik des NS-Regimes. Seit Mai 1945 in us-amerikanischer Kriegsgefangenschaft wurde Göring im *Nürnberger Prozeß* 1946 wegen Verschwörung zum Zwecke der Kriegsvorbereitung, wegen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt. Der Vollstreckung des Urteils entzog er sich durch Selbstmord; vgl.: Stichwort „*Göring, Hermann*“, in: Friedemann Bedürftig, „*Lexikon III. Reich*“, Carlsen Verlag GmbH, Hamburg 1994, S. 156-157 [Anm. der Herausgeber].

⁴⁰ **Belgien im Zweiten Weltkrieg:** Im Rahmen ihres sog. *Westfeldzuges* hatten Armeeeinheiten des nationalsozialistischen Deutschland im Mai 1940 neben den Niederlanden auch Belgien angegriffen und besetzt. Nach der Eroberung Frankreichs im darauffolgenden Monat wurde im Waffenstillstandsvertrag mit der neuen französischen Regierung um Marschall Philippe Pétain (1856-1951) festgeschrieben, dass Belgien zukünftig zusammen mit den französischen Departements Pas de Calais und Nordfrankreich dem deutschen *Militärbefehlshaber Belgien und Nordfrankreich*, Sitz in Brüssel, unterstellt war. Als Folge der im Juni 1944 erfolgten Invasion alliierter Verbände in Frankreich und ihrem anschließenden Durchbrechen der deutschen Front, wurde Belgien schließlich im September 1944 vorrangig durch britische Truppen wieder von der deutschen Besatzung befreit; vgl.: Karl Dietrich Erdmann, „*Der Zweite Weltkrieg*“ (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearbeitete Auflage, hrsg. von Herbert Grundmann. Band 21), 5. Auflage: 39.-44. Tausend, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München 1987, S. 44-48 und S. 161 [Anm. der Herausgeber].

Blindlandungen musste man die jeweilig per Funk erhaltenen örtlichen Werte über Luftdruck, Bodenhöhe, Windrichtung und -stärke im Kopf behalten und daraus die Flugkorrekturen bei Anflug und Landung berechnen. Bis ich dann auch diese Ausbildung hinter mir hatte, war es bereits Spätherbst 1944.

Mein erster Fluglehrerplatz wurde mir in Marienbad zugewiesen, im damaligen *Protektorat Böhmen und Mähren*.⁴¹ Anschließend ging es nach Weiden in der Oberpfalz und dann wieder zurück nach Straubing, wohin – dank der relativ ruhigen Lage in Bezug auf Bombenangriffe – inzwischen eine Luftkriegsschule verlagert worden war.

Allerdings hatte mittlerweile auch der Zweite Weltkrieg seine Endphase erreicht und die Nachschubschwierigkeiten waren überall unübersehbar. In den letzten Monaten wurde uns der Sprit nur noch in zunehmend kleineren Dosen zugeteilt und seit etwa Februar 1945 überhaupt nicht mehr.

Am Ostermontag 1945 wurde schließlich alles, was in der Luftkriegsschule noch Beine hatte, zusammengekratzt und „an die Front geworfen“, wie es so schön hieß. Von Straubing ging es per Bahn in Richtung Süd-Osten bis nach Linz in Österreich. Von da ab marschierten wir quer durch Österreich, Richtung Süden bis runter nach Graz. Dies geschah ausschließlich in Nachtmärschen, da die sowjetischen Jäger und Kampfflugzeuge die Luft tagsüber beherrschten und die Front schon bedrohlich nah war.⁴²

In Graz wurden wir noch mit den letzten Resten der aus Italien zurückkehrenden fast völlig aufgeriebenen *10. Fallschirmspringer-Division* vermischt, damit in unserem Haufen wenigstens einige Leute mit Kampferfahrung waren. Nachdem wir dort zehn Tage in unseren Zelten gelegen hatten, marschierten wir dann wieder die gleiche Strecke zurück nach Norden, wiederum nachts und wiederum immer in Abstand zur Front. Rückblickend vermute ich, dass unsere Offiziere angesichts der militärisch aussichtslosen Situation einfach keine Lust mehr auf eine direkte Frontberührung hatten.

⁴¹ **Protektorat Böhmen und Mähren:** Sanktioniert durch die Beschlüsse des *Münchener Abkommens* vom September 1938, einem Viermächtevertrag zwischen dem Deutschen Reich, Großbritannien, Frankreich und Italien, waren deutsche Truppen im Oktober 1938 in das Sudetenland einmarschiert und hatten so die von den nationalsozialistischen Machthabern projektierte Zerschlagung der Tschechoslowakei eingeleitet. Entgegen aller internationalen Hoffnungen auf Befriedung der außenpolitischen Konflikte in Südosteuropa war bereits im März 1939 auch das übrige Gebiet des tschechoslowakischen Reststaates besetzt und als *Protektorat Böhmen und Mähren* unter nationalsozialistischer Militärverwaltung gestellt worden. Darin verblieb es bis in die letzten Phasen der kriegerischen Operationen des Zweiten Weltkrieges (1939-45). Ende April 1945 gelang es schließlich den aus Süddeutschland vorrückenden Amerikanern und Franzosen, Westböhmen und damit auch die Gegend um Marienbad unter ihre Kontrolle zu bringen; vgl.: Karl Dietrich Erdmann, „*Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1939*“ (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearbeitete Auflage, hrsg. von Herbert Grundmann. Band 22), 10. Auflage: 77.-79. Tausend, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München 1996, S. 247-258; sowie: Karl Dietrich Erdmann, „*Der Zweite Weltkrieg*“ (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearbeitete Auflage, hrsg. von Herbert Grundmann. Band 21), 5. Auflage: 39.-44. Tausend, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München 1987, S. 164f. [Anm. der Herausgeber].

⁴² **Österreich unter der nationalsozialistischen Herrschaft:** Unter dem Vorwand eines angeblichen Hilferufes der dortigen Regierung waren deutsche Truppen im März 1938 in Österreich eingerückt. Der unmittelbar darauf als Reichsgesetz verkündeten staatlichen Vereinigung beider Länder hatten Österreicher und Deutsche in einer im April 1938 durchgeführten Volksabstimmung nach offiziellem Ergebnis mit 99,7% der Stimmen zugestimmt und damit den *Anschluss* ans Deutsche Reich sanktioniert. Bis gegen Ende des Zweiten Weltkrieges führte Österreich somit die amtliche Bezeichnung *Ostmark* und stand unter nationalsozialistischer Herrschaft. Im Laufe des April 1945 wurde es aus östlicher Richtung von sowjetischen Truppen, aus westlicher Richtung von amerikanischen und französischen Truppen eingenommen; Karl Dietrich Erdmann, „*Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1939*“ (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearbeitete Auflage, hrsg. von Herbert Grundmann. Band 22), 10. Auflage: 77.-79. Tausend, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München 1996, S. 237-246; sowie: Karl Dietrich Erdmann, „*Der Zweite Weltkrieg*“ (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearbeitete Auflage, hrsg. von Herbert Grundmann. Band 21), 5. Auflage: 39.-44. Tausend, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München 1987, S. 164f. [Anm. der Herausgeber].

Dann lagen wir ca. 14 Tage in einem kleinen Städtchen namens Lilienfeld, von wo aus wir in Nachtmärschen mit Kuh-Gespanssen Verwundete von der Front über den nächsten Gebirgspass zu uns herüberholten. Aber auch dort griffen wir nicht unmittelbar in die Auseinandersetzungen an der Front ein.

Dann setzten wir unseren Marsch nach Norden bis Kloster Melk an der Donau fort und dann – entlang der Donau – nach Osten. Als wir bereits in der Wachau waren – eine der schönsten Gegenden Österreichs –, erreichte uns am 8. Mai 1945 die Nachricht von der militärischen Kapitulation des Deutschen Reiches und damit vom Ende des Krieges. Unter dem Motto „Weg von den Russen!“, ging es in Eilmärschen zurück nach Westen. Da uns das Donautal zu offen war, marschierten wir nördlich parallel dazu durch das Waldviertel, möglichst abseits der Hauptstraßen.

Nach einiger Zeit wurden wir von Amerikanern aufgehalten, die uns anwiesen, unsere Personalien auf Listen zu erfassen. Wenn wir diese eingereicht hätten, würden wir in den nächsten Tagen abgeholt und dann entlassen. Die ganze Situation war uns allerdings verdächtig, als wir mitbekamen, dass aus der anderen Richtung bereits sowjetische Offiziere bei uns vorbei mit den Amerikanern Kontakt aufnahmen. Daraus die Konsequenzen ziehend setzten wir uns nachts, mit ungefähr 800 Leuten aus den verschiedensten Truppenteilen bzw. -resten, quer durchs Gelände nach Westen ab, in dem Bestreben irgendwie auf amerikanisches Gebiet zu kommen. Dort wurden wir schließlich auch in breiter Front empfangen, auf einer Wiese zusammengetrieben und interniert. Wir waren ohne jeden Schutz Wind und Wetter ausgesetzt, wurden ohne Essen und Trinken gelassen. Zum Glück floss wenigstens ein Bach quer durch die Wiese. Nach drei Tagen hieß es wieder: „Namenslisten aufstellen und morgen werdet ihr entlassen!“ Als am anderen Morgen amerikanische Panzer anrollten, wurde uns klar, dass damit nicht die Entlassung ins Zivilleben gemeint war. In Gruppen von 120 Mann, im Rücken jeweils ein Panzer mit Maschinengewehr oben drauf, mussten wir nach Osten marschieren.

Am Abend landeten wir, zusammengetrieben wie eine Herde Vieh, in einem kleinen Tal, wo wir einem Dutzend Russen übergeben wurden. Einige Rotarmisten liefen mit ihren Maschinenpistolen und einem Stück Brot in der Hand, „Uri, Uri!“ rufend und unsere Handgelenke absuchend, durch unseren gedrängten Haufen. Doch meine Uhr hatte mir vier Tage vorher schon ein weißer US-Soldat beim Einlass in die Wiese abgenommen, was mich völlig konsterniert hatte. Aber auch ohne Uhr bekamen wir immerhin dann mit zehn Mann jeweils ein Brot zum Aufteilen, den ersten Bissen nach vier Tagen.

Nun waren wir also doch in sowjetische Gefangenschaft geraten und es ging erneut ans Marschieren, diesmal geradewegs nach Norden in die Tschechei! Jeden Tag 40 Kilometer laufend, erreichten wir am vierten Tag das böhmische Budweis. Dort angekommen, wurde kehrt gemacht und wir marschierten praktisch die ganzen 160 Kilometer wieder zurück. Ab und zu kam mal ein Russe an der Marschkolonne vorbei, auf einem geklauten Pferd oder einem Fahrrad, und abends gab es wieder für zehn Mann ein Brot.

Mir ging es den Umständen entsprechend noch ganz gut und ich stand mehrmals vor der Versuchung, mich seitlich in die Büsche zu schlagen, aber das Risiko war mir einfach zu groß. Wieder so eine Weggabelung in meinem Leben!

Wieder in Österreich, internierte man uns mit insgesamt 2000 Mann in einem Lager, in dem während des Krieges etwa 800 französische Offiziere in Gefangenschaft gewesen waren. Von dort aus wurden wir nach und nach mit der Eisenbahn abtransportiert, in Gruppen von etwa 600 Mann pro Güterzug mit fast 20 Waggons. In jedem Güterwaggon lagen 40 Mann in zwei Schichten übereinander, links und rechts des Mittelteils jeweils zehn unten und zehn oben. In einigen Waggons war die Verpflegung für eine dreiwöchige Fahrt untergebracht, in einem halbhoch geschlossenen Kohlenwagen standen einige Pferde, die unterwegs geschlachtet wurden, und ganz am Ende des Zuges hatte man auf einem offenen Plateau-Waggon ein paar alte Waschkessel montiert, in denen alles gekocht wurde. Das Problem war allerdings die Verteilung des Essens, da das nur ging, wenn der Zug mal hielt. Doch manchmal hielt er nur

sehr kurz und fuhr nach einem Pfiff weiter. Manchmal allerdings hielt er auch sehr lange. Alleine im Bahnhof Mährisch-Ostrau standen wir 14 Tage und da wir unser Geschäft durch ein Loch im Waggonboden verrichten mussten, wollten uns die Tschechen natürlich aus ihrem Bahnhof raus haben. Die Sowjets ließen den Zug aber lieber mitten im Bahnhof stehen, weil dort die Bewachung einfacher war.

Nach 49 Tagen – und damit nach sieben statt der drei Wochen! – endete die Fahrt etwa 400 Kilometer östlich von Moskau. Ausgehungert mussten wir uns dann noch drei Tage lang durch riesige Wälder schleppen, bis wir, nach einer langen Fahrt nach Norden mit einer Schmalspurbahn, endlich am Zielort in einem Moorlager ankamen. Da nach drei Monaten harter Arbeit von den ursprünglich 600 Leuten nur noch 40 arbeitsfähig waren, löste man das Lager auf. Die nicht mehr Arbeitsfähigen sollten in ein so genanntes „Erholungslager“ in die Nähe des Ural verlegt werden, die noch Arbeitsfähigen, zu denen ich gehörte, in ein Lager bei der größten russischen Papierfabrik, irgendwo an der Wolga.

Obwohl ich dank meiner Praktikantentätigkeit immer als Schreiner, Schlosser oder Dreher in Spezialisten-Brigaden in geschlossenen Räumen arbeiten konnte und keine Schwierigkeiten hatte, die tägliche sogenannte „Norm“ zu erfüllen (für die es dann etwas mehr zu essen gab!), erkrankte ich schwer und hatte das große Glück, schon nach eineinhalb Jahren wieder zu Hause zu sein!

Frage: Wie ging es dann weiter, nachdem Sie aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt waren?

Helmut Creutz: Eine gründliche Untersuchung zu Hause ergab Lungen- und Kehlkopftuberkulose sowie – angesichts eines Gewichts von 46 Kilo – allgemeine Dystrophie.⁴³ Einem halbjährlichen Krankenhausaufenthalt folgten – mit längeren Unterbrechungen – zwei Heilstätten-Aufenthalte, ohne dass meine Krankheit zum Stillstand kam. Letztendlich stimmte ich notgedrungen einer Operation zu, bei der in zweieinhalb Stunden, mit nur örtlicher Betäubung bei vollem Bewusstsein, Rippen entfernt und ein Lungenflügel lahmgelegt wurde. Dieser Eingriff verlief erfolgreich, und mein Schwerbeschädigungsgrad konnte 1948 von 100% auf 70% gesenkt werden.

Im gleichen Jahr wurde in Westdeutschland die Währungsreform durchgeführt.⁴⁴ Trotz meines Handicaps versuchte ich, Arbeit zu finden, denn für die Aufnahme eines Studiums fühlte

⁴³ **Tuberkulose (lat.):** durch Tuberkelbakterien hervorgerufene, chronische aber heilbare Infektionskrankheit, die alle Organe und körperlichen Systeme befallen kann. Wie medizinsoziologische Untersuchungen empirisch belegen, gehören Mangelernährung, fehlende Hygiene und ungenügende Wohnverhältnisse zu den Hauptfaktoren für die Verbreitung der Tuberkulose; vgl.: Peter Thoma, „Die Geschichte der Sozialmedizin als Einführung in den Gegenstand der Medizinsoziologie“, in: Brigitte Geissler und Peter Thoma (Hrsg.), „Medizinsoziologie. Einführung in ihre Grundbegriffe und Probleme“, (campus Studium: Kritische Sozialwissenschaft), Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York 1975, S. 12-35, hier: S. 18-20. **Dystrophie (griech.):** durch Mangel- oder Fehlernährung bedingte Störungen des ganzen Organismus bzw. einzelner Körperteile [Anm. der Herausgeber].

⁴⁴ **Westdeutsche Währungsreform 1948:** Das von den Nationalsozialisten zur Finanzierung von Rüstung und Krieg stark ausgeweitete Geldvolumen wirkte sich unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges nur deswegen nicht in offener Inflation aus, weil die öffentliche Bewirtschaftung (eingefrorene Preise und Löhne; rationierte Güter) in Deutschland auch nach dem Mai 1945 zunächst fortgeführt wurde. Um der Schattenwirtschaft des Schwarzmarktes zu begegnen, Produktionsanreize zu schaffen und dem daniederliegenden Wiederaufbau Anschub zu geben, wurde in den westlichen Besatzungszonen und Westberlin unter maßgeblicher Federführung der USA beschlossen, die gesetzliche Zahlungskraft der auf *Reichsmark (RM)* lautenden Zahlungsmittel am 20. Juni 1948 erlöschen zu lassen und einen Tag später die *Deutsche Mark (DM)* einzuführen. Neben geringen Umtauschbeträgen für Altgeldnoten pro Einwohner, kleineren *DM*-Zahlungen an die Unternehmen im Verhältnis zur Zahl ihrer Beschäftigten und anteilmäßiger Ausstattung von Ländern, Gebietskörperschaften, Bahn und Post sollte der gigantische Geldüberschuss im wesentlichen durch die folgenden Maßnahmen beseitigt werden: Guthaben natürlicher und juristischer Personen (mit Ausnahme öffentlicher Körperschaften) auf Reichsmarkkonten wurden grundsätzlich im Verhältnis 10:1 umgestellt, wobei allerdings nur die Hälfte des Betrages frei verfügbar

ich mich zu alt. Außerdem gab es keinen Flugzeugbau mehr in Deutschland und das einzige, was ich in meinem Leben richtig gelernt hatte, war Fliegen. Die *Lufthansa* begann zwar bald wieder mit ihrem Betrieb, aber angesichts meiner Beschädigung war eine Bewerbung aussichtslos.

So nahm ich 1949 eine Halbtagsstelle bei einer Ladenbau-Firma an, für 150 DM im Monat. Auch das war wieder eine Weichenstellung. Denn über diese Betätigung und mit Hilfe einiger Abend- und Wochenendkurse wuchs ich sozusagen in meine spätere Tätigkeit als Architekt hinein. Die Firma gedieh im Umfeld des Wirtschaftswunders.⁴⁵ Als Zeichner angefangen, war ich nach 20 Jahren Leiter des Planungsbüros.

war. Von der zwangsweise auf Festkonten geparkten anderen Hälfte wurden 7/10 gestrichen, 2/10 freigegeben und 1/10 für die Anlage in mittel- und langfristige Wertpapiere vorgesehen – faktisch verschlechterte sich dadurch das Umtauschverhältnis auf 100:6,50 bzw. für Altbesitz aus der Zeit vor dem 1.1.1940 auf 100:20. Kapitaltitel wie Schuldverschreibungen, Hypotheken, andere Forderungen und Verpflichtungen wurden im Verhältnis 10:1, bzw. bei Altbesitz im Verhältnis von 10:2 umgestellt. Einzig bei wiederkehrenden Leistungen wie Löhnen, Gehältern, Renten und Mieten war eine Umstellung von *RM* in *DM* im Verhältnis 1:1 vorgesehen; vgl.: Stichwort „*Währungsreform*“, in: Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Band 10 – VG-Z, 14., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1997, S. 4283-4284 [Anm. der Herausgeber].

⁴⁵ **Wirtschaftswunder**, Bezeichnung für die dynamische Wiederaufbauphase der bundesrepublikanischen Wirtschaft in den 1950er Jahren mit gleichbleibend sehr hohen Wachstumsquoten und einem überraschend schnellen Anstieg der Erwerbstätigkeit mit spürbarem Wohlstandsgewinn für weite Teile der Bevölkerung. So stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1950-1960 jährlich real um 8,6% an, die Industrieproduktion wuchs im gleichen Zeitraum um 150%, die Investitionsgüterindustrie sogar um 220%. Die anfangs hohe Arbeitslosigkeit nahm rasch ab, ohne dass es zu bedeutenden Preissteigerungen kam. Bereits im Herbst 1955 war die Arbeitslosenquote (Anteil der offiziell gemeldeten Arbeitssuchenden an der Gesamtheit der Erwerbspersonen) auf 2,7% gesunken, wodurch nach statistischer Definition Vollbeschäftigung erreicht war. Mit zunehmender Arbeitskräfteknappheit gewann die Gewerkschaftsbewegung an gesellschaftspolitischem Einfluss, was sich in wachsenden Lohnsätzen, teilweise radikalen Arbeitszeitverkürzungen und den Ansätzen einer arbeitnehmerfreundlicheren Betriebsverfassung niederschlug. Neben den grundlegenden ordnungspolitischen Weichenstellungen – ausgerichtet am ordoliberal beeinflussten Leitbild der *Sozialen Marktwirtschaft* – und einer an den konjunkturellen Grundbedingungen ausgerichteten Wirtschaftspolitik (z.B. *Investitionshilfegesetz* 1952), lassen sich die spezifischen Bestimmungsfaktoren des bundesrepublikanischen Aufbaubooms seit 1950 im wesentlichen wie folgt umreißen: 1) Die außergewöhnlich hohe Binnennachfrage aufgrund der verheerenden Kriegszerstörungen und des Zustroms von Flüchtlingen nach 1945. Die deutsche Volkswirtschaft hatte durch den Krieg etwa 50% ihrer Kapazität eingebüßt, das Sozialprodukt in den vier Besatzungszonen hatte 1946 nur rund 40% desjenigen von 1938 bei ungefähr gleicher Bevölkerungszahl betragen. Da die industriellen Produktionsstätten jedoch nicht in gleichem Maße wie die Infrastrukturanlagen zerstört worden waren und die hohen Rüstungsinvestitionen der Vorkriegs- und Kriegszeit relativ moderne Kapazitäten hatten entstehen lassen, verfügte die deutsche Wirtschaft bei Kriegsende noch immer über einen erstaunlich großen und leistungsfähigen Kapitalstock. Zudem wurden die Arbeitskräftereserven durch den anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Zone immer wieder aufgestockt. Allein bis 1950 waren bereits fast 10 Millionen Neubürger nach Westdeutschland gekommen, dann bis zum *Mauerbau von 1961* noch einmal 3,6 Millionen. Dabei handelte es sich meist um relativ junge Menschen mit hoher Erwerbsquote, die einen bedeutenden Beitrag zur Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums beisteuerten. 2) Exogene Faktoren wie die 1948 angelaufene Wirtschaftshilfe aus den USA (*Marshall-Plan*), das Einsetzen einer weltweiten Handelsliberalisierung und vor allem der sog. *Korea-Boom* (1950-53). Da viele Staaten ihre Produktion auf Rüstungsgüter umgestellt hatten, nahm nach Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 die internationale Nachfrage nach Industrierohstoffen und Investitionsgütern schlagartig zu und bescherte der Bundesrepublik, die wie kein anderes Land über ungenutzte industrielle Kapazitäten verfügte, einen Exportboom größten Ausmaßes. 3) Mit Einführung der *DM* als neuem, allgemein anerkanntem Zahlungsmittel waren im Zuge der *Währungsreform von 1948* Geldvermögen und -schulden radikal entwertet worden. Von der Geldseite her konnte die Bundesrepublik daher als *junge Volkswirtschaft* neu starten und war während der ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte noch relativ wenig beeinflusst von den Belastungen und der Umverteilungsproblematik zinseszinsbedingt eskalierender Vermögens- und Schuldenkonzentrationen; vgl.: Hans Jaeger, „*Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland*“ (Neue Historische Bibliothek, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler), Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1988, S. 208-216 und S. 223-233; Günther Schulz, „*Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*“, in: Gabler-Wirtschafts-Lexikon. Band 10 – VG-Z, 14., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1997, S. 4415-4422, hier: S. 4419; Wolfram Weimer, „*Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro*“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1998, S. 107-117; sowie: Helmut Creutz, „*Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung*“, Unveränderter Nachdruck der 5., komplett überarbeiteten und erweiterten Taschenbuchauf-

Durch den Tod des Inhabers und den Verkauf der Firma an einen „jungen dynamischen“ Ingenieur ohne ausreichende Geldreserven kam es jedoch zu Spannungen. Denn dieser wollte nun, auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und auch der Kunden, Gewinne aus dem Unternehmen rausziehen. Die Situation eskalierte, so dass ich 1970 kündigte und mich, zusammen mit drei Kollegen, mit einem Planungsbüro für Ladenbau selbständig machte.

Noch während meiner Zeit in der Firma hatte ich in der Zeitung gelesen, dass ein *Werkkreis Literatur der Arbeitswelt* einen Wettbewerb ausschrieb mit dem Titel „*Wie ist Dein Arbeitsplatz und wie könnte er sein?*“ Mir fielen meine Notizen ein, die ich mir zu einigen Vorgängen in der Firma gemacht hatte, und schickte die einfach ein. Überraschend erhielt ich dann eines Tages die Einladung zu einer Matinee im Mannheimer Stadttheater, bei der ich – vorgestellt von Günter Wallraff – einen Sonderpreis erhielt. Daraus ergab sich dann für mich eine Mitarbeit in diesem Arbeitskreis, von dem auch die Anregung ausging, meine Erfahrungen in einem Buch zusammen zu fassen. Im Frühjahr 1973 erschien dann der bereits erwähnte Titel „*Gehen oder kaputtgehen. Betriebstagebuch*“ als Starttitel einer umfangreichen Buchreihe des *Werkkreises* bei Fischer in Frankfurt am Main.⁴⁶

Frage: Sie erwähnten bereits, dass Sie in Aachen Mitbegründer der Partei *Die Grünen* waren. Vermittelt über die Bürgerinitiativen für Umweltschutz, den Kampf gegen die Kernenergie und die neuen sozialen Bewegungen lassen sich deren Wurzeln teilweise bis in den gesellschaftspolitischen Aufbruch am Ende der 1960er Jahre zurückverfolgen.⁴⁷ Hat diese Zeit auch Sie geprägt?

ge, Druck & Verlagshaus Mainz. Wissenschaftsverlag, Aachen 2003, S. 149f. und 468-470 [Anm. der Herausgeber].

⁴⁶ **Werkkreis Literatur der Arbeitswelt:** Im März 1970 unter Mitwirkung von Erasmus Schöfer und Günter Wallraff mit dem Ziel gegründet, die zwei Jahre zuvor aus dem Umfeld der Hamburger *Gegen-Universität* hervorgegangenen Gründungen von *Werkstätten schreibender Arbeiter* organisatorisch und publizistisch zu unterstützen. Mitte der 1970er Jahre umfasste der *Werkkreis* ca. 450 Mitglieder, auch aus Österreich und der Schweiz, in insgesamt 38 *Werkstätten*. Bis 1999 war die Mitgliederzahl auf etwa 90 zurückgegangen, die Öffentlichkeitsarbeit (Lesungen, Büchertische, Graphik-Ausstellungen) bei gewerkschaftlichen und politischen Veranstaltungen, an Universitäten und in Stadtbüchereien gehört jedoch bis heute zu den wichtigsten Aktivitäten des *Werkkreises*. Angefangen mit „*Gehen oder kaputtgehen. Betriebstagebuch*“ von Helmut Creutz wurden daneben ab 1973 pro Jahr ca. 3-4 Bände einer eigenen *Werkkreis-Reihe* im *Fischer Taschenbuch Verlag* (Frankfurt am Main) herausgegeben. Bis 1985 waren hierüber bereits mehr als 50 Titel mit einer Gesamtauflage von etwa 1 Millionen Druckexemplaren erschienen; vgl.: „*Werkkreis Literatur der Arbeitswelt*“, (<http://www.werkkreis-literatur.de/de/geschichte.html>; Ausdruck vom 16.02.2009), S. 1-3. **Erasmus Schöfer (*1931)**, in Berlin aufgewachsener, sozialkritisch orientierter Schriftsteller, von einer dreijährigen Tätigkeit als Fabrikarbeiter in Berlin und Köln unterbrochenes Studium der Germanistik, Sprachwissenschaft und Philosophie in Berlin, Köln, Bonn und Freiburg, 1960 Promotion an der Universität Bonn zum Doktor der Philosophie, ab Mitte der 1960er Jahre in München in der *Außerparlamentarischen Opposition (APO)* aktiv, nach einigen Jahren in Griechenland seit 1970 wohnhaft in Köln. **Günter Wallraff (*1942)**, in Burscheid bei Köln geborener Schriftsteller, 1960 erste Veröffentlichung lyrischer Gedichte, politische Aktivitäten in der bundesdeutschen *APO* und für Befreiungsbewegungen in anderen Ländern (u.a. Griechenland, Portugal, Nicaragua), ab Mitte der 1960er Jahre erste Reportagen über die eigenen Erfahrungen als Kriegsdienstverweigerer und Industriearbeiter in westdeutschen Großbetrieben, Begründer der persönlich engagierten *Undercover-Reportage* als neuer Recherchemethode im Nachkriegsdeutschland, zahlreiche Veröffentlichungen über skandalöse Arbeits- und Herrschaftsverhältnisse in Wirtschaft und Behörden, über undemokratische und unmenschliche Ansichten und Verhaltensweisen von Unternehmen, Managern und Amtsträgern; vgl.: Michael G. Meyer, „*Wallraff und andere. Über den klassischen Journalismus hinaus: Die Undercover-Recherche ist so lebendig wie nie*“, in: Berliner Zeitung vom 13.02.2009, S. 30; sowie: „*Günter Wallraff. Biographie*“, (<http://www.guenter-wallraff.com/biographie.html>; Ausdruck vom 16.02.2009), S. 1-9 [Anm. der Herausgeber].

⁴⁷ **Gründung der Partei *Die Grünen*:** Organisatorischer Zusammenfluss unterschiedlicher Bestrebungen zur Parlamentarisierung des alternativ-ökologischen Protestpotentials, das sich mit zunehmender Breitenwirkung im Rahmen der *Bürgerinitiativbewegung* artikuliert hatte. Mit nahezu zehnjähriger Verspätung zu den *single purpose movements (Ein-Punkt-Bewegungen)* in den USA waren ab dem Ende der 1960er Jahre an vielen Orten der Bundesrepublik *Bürgerinitiativen* als selbstorganisierte Aktionsgruppen gegen administrative Maßnahmen, Behördenwillkür und Infrastrukturmängel entstanden. Vor allem über die inhaltlich verbindende Klammer des

Helmut Creutz: Ich würde mich zwar nicht als „68iger“ bezeichnen, aber geprägt hat mich diese Zeit auf jeden Fall.

Ich war ja erst sehr spät zu einem politisch bewussten Menschen geworden. Während der Zeit des Nationalsozialismus hatte ich von Politik keine Ahnung. Als die Nazis an die Macht gekommen waren, war ich noch keine zehn Jahre alt. Politische Informationen gab es zuhause damals so gut wie gar nicht. Eine Tageszeitung kannte ich nur vom Hörensagen und das später angeschaffte Radio wurde ausschließlich von meinem Vater abends eingeschaltet, wenn wir ins Bett mussten.

Schon vor 1933 hatte mich ein Freund in eine Pfadfindergruppe mitgenommen, in der dann irgendwann die grünen Hemden gegen braune eingetauscht wurden. Ansonsten ging nach meinem Empfinden alles so weiter wie zuvor, mit Wanderungen, Waldspielen und gelegentlichen Zeltlagern, was mir anfangs viel Spaß machte.⁴⁸

ökologischen Gedankens hatten sie sich bis zur Mitte der 1970er Jahre zu einer vitalen sozialen Bewegung entfaltet, deren vielfältige, lokal bzw. regional verwurzelte Initiativen insgesamt eine größere Mitgliederzahl umfassten als alle bundesdeutschen Parteien zusammen. Ausgelöst wurde diese basisdemokratische Mobilisierung Hunderttausender von Bundesbürgern durch gesellschaftspolitische Entwicklungen, die zu einem weitreichenden Vertrauensverlust gegenüber dem politisch-institutionellen System und seinen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung und demokratischen Konfliktaustragung geführt hatten (Nachlassende Dynamik des wirtschaftlichen Aufschwungs und erste echte Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik 1966/67; Immer deutlicher zu Tage tretende Strukturprobleme in Aufgabenbereichen der öffentlichen Hand wie Städtebau, Nahverkehr, Umweltschutz und Bildung; Faktische Infragestellung des Parlaments als Kontrollinstanz der politischen Macht durch die von 1966-69 praktisch ohne Opposition im Bundestag regierende Große Koalition von *CDU/CSU* und *SPD*). Die Impulse für die in den *Bürgerinitiativen* praktizierten Formen politischer Willensäußerungen und selbsttätiger Interessenvertretung stammten vor allem aus der antiautoritär-subkulturellen *68iger-Revolution*, in deren Verlauf Studentenbewegung, Jugendprotest und *Außerparlamentarische Opposition (APO)* eine außer- und antiparlamentarische Politisierung in Gang gesetzt hatten, durch die punktuell auch größere Bevölkerungsgruppen erreicht worden waren. Initiativen für eine Wahlbeteiligung in Konkurrenz zu den etablierten politischen Parteien wurden zunächst nur am Rande diskutiert, erhielten jedoch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre insbesondere dadurch einen Aufschwung, dass sich Teile des Widerstands gegen Atomenergie über die einseitige Fixierung auf gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt offensichtlich in eine strategische Sackgasse manövriert hatten. In der Folge formierten sich in allen Bundesländern grüne, bunte und alternative Wahllisten bzw. Parteiansätze. Ihr Gründungskern setzte sich aus einem politisch heterogenen Spektrum zusammen, das von ehemaligen Anhängern marxistisch-leninistischer *K-Gruppen* und anderer Parteikonzepte der *Neuen Linken* bis hin zu Vertretern des konservativen Lagers reichte, nun aber auch verstärkten Zulauf von der aktiven Basis der *Bürgerinitiativen* erhielt. Um mit vereinten Kräften bei der Europawahl 1979 antreten zu können, schlossen sich im Frühjahr desselben Jahres diverse ökologisch orientierte Gruppen, zu denen auch der freiwirtschaftlich ausgerichtete *Arbeitskreis 3. Weg (A3W)* gehörte, zur *Sonstigen Politischen Vereinigung (SPV) Die Grünen* zusammen. Hieraus ging schließlich im Januar 1980 die Bundespartei *Die Grünen* hervor; vgl.: Roland Roth, „*Alle Macht geht vom Volke aus... und kommt nie wieder zurück?*“ *Notizen zur politischen Geschichte der Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik*“, in: Ders. (Hrsg.), „*Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*“, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 1980, S. 74-96; sowie: Lutz Mez, „*Von den Bürgerinitiativen zu den GRÜNEN. Zur Entstehungsgeschichte der ‚Wahlalternativen‘ in der Bundesrepublik Deutschland*“, in: Roland Roth und Dieter Rucht (Hrsg.): „*Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*“ (Schriftenreihe Band 252. Studien zur Geschichte und Politik), 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991, S. 379-391 [Anm. der Herausgeber].

⁴⁸ **Pfadfinderbewegung und Nationalsozialismus:** Als Bestandteil der sog. *Bündischen Jugend* hatten die wichtigsten Organisationen der deutschen Pfadfinderbewegung gegen Ende der Weimarer Republik keineswegs eine feindselige Stellung gegenüber dem Nationalsozialismus bezogen, standen vielmehr in ihrer nach außen getragenen Programmatik, ihren politischen Denkweisen und Gefühlswelten einigen Komponenten der Nazi-Ideologie – „Führerprinzip“, „Besinnung aufs Völkische“, „Nationale Erhebung“ – durchaus nahe. In dem Bestreben, die von ihnen repräsentierten Traditionen der Jugendbewegung innerhalb oder außerhalb der nationalsozialistischen *Hitlerjugend (HJ)* bewahren zu können, schlossen die meisten bündischen Führer ihre Organisationen – einschließlich des *Deutschen Pfadfinderbundes* und diverser seiner Abspaltungen – im März 1933 zum *Großdeutschen Bund* zusammen, der umgehend ein offenes Bekenntnis zum NS-Staat ablegte. Die damit verbundene Hoffnung, die bisherige Arbeitsweise und das „autonome“ Milieu jugendlich-bündischen Gruppenlebens gegen den totalitären Zugriff der staatlichen Jugenderziehung behaupten zu können, zerschlug sich allerdings bald. Bereits im Sommer 1933 wurden der *Großdeutsche Bund* und so gut wie alle übrigen Organisationen der bündi-

Über das Thema Politik machte ich mir nie Gedanken, genauso wenig wie das die meisten Zehn- bis Fünfzehnjährigen wahrscheinlich – trotz aller Informations-Schwemme – auch heute noch tun. Auch in der Schule waren politisch orientierte Informationen kein Thema. Selbst als im November 1938 morgens in Aachen die Synagoge brannte – sie lag auf meinem Schulweg –, verlor in der Schule niemand ein Wort darüber⁴⁹: Die Lehrer, die z.T. ja schon in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik, und nach der Nazizeit auch noch in der Bonner Republik unterrichteten, hatten gelernt, heißen Themen aus dem Weg zu gehen. Auch im Krieg und kurz danach war Politik für uns und auch für mich kein Thema. Aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen war ich allerdings zu einem entschiedenen Pazifisten geworden und war enttäuscht, dass bei den Anti-Vietnamkriegs-Demos in Aachen oder Bonn so wenig Ältere mit Kriegserfahrung dabei waren.⁵⁰

schen und freien Jugendbewegung von den nationalsozialistischen Machthabern aufgelöst und verboten. Ihre Angehörigen wurden in die *HJ* eingegliedert, was dieser – zusammen mit dem Zustrom bisher Nicht-Organisierter – einen sprunghaften Anstieg ihrer Mitgliederzahlen bescherte (von knapp 110.000 zu Beginn des Jahres 1933 bis auf über 3,5 Millionen am Ende des Jahres 1934); vgl.: Hans-Christian Brandenburg, *„Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation“*, 2., durchgesehene Auflage, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1982, S. 68-73 und S. 134-139; sowie: Arno Klönne, *„Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen“*, Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf/Köln 1982, S. 198-200 [Anm. der Herausgeber].

⁴⁹ **Antisemitischer Novemberpogrom 1938 („Reichskristallnacht“)**: Der antisemitischen Ausrichtung ihres Parteiprogramms entsprechend hatten die nationalsozialistischen Machthaber bereits unmittelbar nach der Errichtung ihrer politischen Herrschaft die ersten Maßnahmen zur Diskriminierung der jüdischen Minderheit im Deutschen Reich ergriffen. Staatlich geplant und im Anschluss an eine offen rassistische Gesetzgebung – vom *„Gesetz zu Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“* (April 1933) bis zu den *„Nürnberger Gesetzen“* (September 1935) – mit zahllosen Ausführungsbestimmungen juristisch verordnet, wurden die Existenzbedingungen für die Juden im Deutschen Reich schrittweise und in drastischem Maße immer weiter verschlechtert. Bis zum Herbst 1938 war die Aufhebung ihrer staatsbürgerlichen Gleichheit bereits formal vollzogen, ihre definitive Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben vorbereitet. In dieser Situation hatte Ende Oktober 1938 die *Gestapo* in aller Brutalität ca. 17.000 Juden polnischer Nationalität ins deutsch-polnische Grenzgebiet abgeschoben, wo sie über Monate hinweg unter katastrophalen Bedingungen interniert wurden. Ein aus Protest hiergegen von einem verzweifelten Familienangehörigen am 7. November 1938 auf den Legationssektretär der deutschen Botschaft in Paris verübtes Attentat wurde von der *NSDAP*-Führung als willkommener Anlass aufgegriffen, um die endgültige Ausgrenzung der deutschen Juden aus allen sozialen und ökonomischen Zusammenhängen einzuleiten. Von höchster Partei- und Staatsebene inszeniert, wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 durch nationalsozialistische Kreis- und Ortsgruppenleitungen bzw. durch lokale *SA*-Stäbe ein Pogrom ins Werk gesetzt, in dessen Verlauf nach neueren Forschungen reichsweit mehr als 1.000 Synagogen bzw. Gebetshäuser und ca. 7.500 jüdische Geschäfte zerstört wurden. Die Zahl der unmittelbaren Todesopfer durch Mord, als Folge von Misshandlungen, Schrecken und Verzweiflung ging in die Hunderte. In den darauf folgenden Tagen wurden im ganzen Deutschen Reich etwa 30.000 jüdische Männer verhaftet und für mehrere Wochen in Konzentrationslagern interniert. Spätestens mit der regierungsamtlichen Verfügung vom 12. November 1938, wonach die Juden nicht allein für die beim Pogrom angerichteten Schäden haften, sondern darüber hinaus auch noch eine „Buße“ von insgesamt einer Milliarde *Reichsmark* entrichten sollten, wurde dann die vollständige Enteignung aller jüdischen Einzelhandelsgeschäfte, Fabriken und Beteiligungen eingeleitet. „[...] *Ghettoisierung und schließlich die Deportation und Vernichtung der deutschen Juden, die nicht das Glück hatten, dem deutschen Herrschaftsbereich noch entkommen zu können[...]* bildete[n] dann nur noch die letzte[n] Station[en] des Weges, der im November 1938 bewußt und öffentlich eingeschlagen worden war.“ (Wolfgang Benz, *„Der Holocaust“* [C.H. Beck Wissen in der Beck'schen Reihe 2022], Verlag C.H. Beck, München 1995, S. 28-29); vgl. hierzu auch: Ebenda, S. 23-28; sowie: Uwe Dietrich Adam, *„Wie spontan war der Pogrom?“*, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *„Der Judenpogrom 1938. Von der ‚Reichskristallnacht‘ zum Völkermord“* (Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Buchreihe, hrsg. von Walter H. Pehle), 42.-44. Tausend, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1994, S. 74-93. Zur Zerstörung der Synagoge in Aachen vgl.: Ulrich Knufinke, *„Neue Synagogen in Deutschland nach 1945“*, in: Aliza Cohen-Mushlin und Harmen H. Thies (Hrsg.), *„Synagogenarchitektur in Deutschland. Dokumentation zur Ausstellung ‚... und ich wurde ihnen zu einem kleinen Heiligtum...‘ – Synagogen in Deutschland“* (Schriftenreihe der Bet Tfila – Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa, hrsg. von Aliza Cohen-Mushlin und Harmen Thies. Band 5), Michael Imhof Verlag GmbH & Co. KG, Petersberg 2008, S. 97-108, hier: S. 100 und S. 104 [Anm. der Herausgeber].

⁵⁰ **Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg der USA**: Die politische Empörung über die us-amerikanische Kriegsführung in Vietnam gehörte auch in der Bundesrepublik zu den wichtigsten Impulsen für die Herausbil-

Zunehmend wurde ich jedoch offener für allgemeine Fragen gesellschaftlicher Reformen, vor allem auch im Hinblick auf das Umweltthema, dessen Wichtigkeit ich rasch begriff. Um auch politisch Einfluss zu nehmen, habe ich 1979 zunächst bei der Gründung der *Alternativen Liste* und ein knappes Jahr später, gemeinsam mit Barbara, auch bei der Gründung der Partei *Die Grünen* mitgemacht, zuerst in Aachen und dann auch in NRW. Vier Jahre war ich im Kreisvorstand und wurde für die Kandidaturen zum Stadtrat und Landtag aufgestellt. Diese aktive Parteiarbeit gab ich 1984, vor allem aufgrund meiner zunehmenden Vortragstätigkeit für die Geld- und Bodenreform, immer mehr auf. Ich blieb aber noch Mitglied bei den *Grünen* bzw. bei *Bündnis 90/Die Grünen*, wie die Partei infolge der Fusion mit der Listenvereinigung aus der ehemaligen DDR ab 1993 hieß. Die von der *rot-grünen Bundesregierung* beschlossene Beteiligung am *NATO-Einsatz im Kosovokrieg 1999*⁵¹ war dann für mich allerdings einer der Gründe, aus der Partei wieder auszutreten.

dung und Radikalisierung einer außerparlamentarischen Protestbewegung, in deren punktuellen Aktionsbündnissen seit Mitte der 1960er Jahre pazifistische *Ostermarsch*-Anhänger, Kriegsdienstverweigerer, Anhänger sozialistischer Gruppierungen, Radikaldemokraten, Intellektuelle, Altkommunisten, subkulturelle Jugendliche und revoltierende Studenten zusammentrafen. Zur Unterstützung der südvietnamesischen Regierung gegen die vom kommunistischen Norden, von China und der Sowjetunion geförderte *Nationale Befreiungsfront – FNL (Vietcong)* waren die USA ab Ende 1963 mit groß angelegten Flächenbombardements und dem Einsatz von Bodentruppen zum offenen militärischen Eingriff übergegangen, in dessen Verlauf zeitweise bis zu 500.000 Angehörige der US-Armee in Vietnam stationiert waren, schätzungsweise zwei Millionen vietnamesische Soldaten und Zivilisten getötet und etwa vier Millionen gesundheitlich dauerhaft geschädigt wurden. Die massenmedial vermittelte Kenntnisnahme von den durch US-Militärs begangenen Kriegsverbrechen erschütterte die Legitimation des von ihnen vertretenen Demokratie- und Gesellschaftsmodells besonders unter der jungen Generation in den westlichen Industrieländern nachhaltig. Der wachsende politische Widerstand und die wirtschaftliche Belastung durch einen militärisch aussichtslosen Krieg gegen den von der ländlichen buddhistischen Bevölkerungsmehrheit getragenen *Vietcong* veranlassten ab 1969 wieder den schrittweisen Rückzug der US-Truppen aus Vietnam. 1975 fand die Eroberung Südvietnams durch den *Vietcong* schließlich ihren Abschluss, ein Jahr später wurden beide Landesteile zur *Sozialistischen Republik* unter kommunistischer Parteiführung vereinigt; vgl.: Karl A. Otto, „*Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der ausserparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-70*“. Mit einem Nachwort von Andreas Buro, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 1977, S. 145-184; Eckhard Siepmann, „*Vietnam – Der große Katalysator*“, in: „*CheSchahShit. Die sechziger Jahre zwischen Cocktail und Molotow. Ein BilderLeseBuch*“, Redaktion: Eckhard Siepmann, Irene Lusk, Jürgen Holtfreter, Maruta Schmidt und Gabi Dietz, (rororo sachbuch 7992), Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg 1986, S. 195-201; sowie: Uwe Wesel, „*Die verspielte Revolution. 1968 und die Folgen*“, Karl Blessing Verlag, München 2002, S. 77-81 [Anm. der Herausgeber].

⁵¹ **Beteiligung der deutschen Luftwaffe am NATO-Einsatz im Kosovokrieg 1999:** Erstmaliger Kampfeinsatz deutscher Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der von den *NATO*-Mitgliedsstaaten USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Dänemark, Norwegen, Italien, Niederlande, Belgien, Kanada, Portugal und Spanien von März bis Juni 1999 durchgeführten Bombardements zur Unterstützung der Kosovo-Albaner gegen die Unterdrückungspolitik der serbische Führung in der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien. Die vom *NATO*-Rat zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo beschlossenen Luftoperationen wurden von ihren Kritikern als völkerrechtswidriger Angriffskrieg verurteilt, da sie ohne Mandat des *Sicherheitsrates* der *Vereinten Nationen (UNO)* durchgeführt wurden. Bereits im Oktober 1998 hatte der deutsche Bundestag unter maßgeblicher Führung der damaligen Regierungskoalition von *SPD* und *Bündnis 90/Die Grünen* der Militärintervention durch die offizielle Bereitstellung von Bundeswehrkontingenten zugestimmt. Diese Preisgabe pazifistischer Positionen durch *grüne* Spitzenpolitiker wurde innerhalb der deutschen Friedensbewegung, aber auch von Teilen der Parteibasis als ein Gipfelpunkt systemkonformer Anpassung interpretiert, in deren Verlauf *Die Grünen* sich schon seit geraumer Zeit dem Integrationssoj der parlamentarisch-repräsentativen Institutionen ergeben und sich von der ehemals fundamentaloppositionellen „Bewegungspartei“ zur realpolitisch etablierten Konkurrenzpartei gewandelt hatten; vgl.: Richard Stöss, „*Partei und soziale Bewegungen. Begriffliche Abgrenzung – Volksparteien – Neue soziale Bewegungen – DIE GRÜNEN*“, in: Roland Roth und Dieter Rucht (Hrsg.): „*Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*“ (Schriftenreihe Band 252. Studien zur Geschichte und Politik), 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991, S. 392-414, hier: S. 405-410; sowie: Bernd Drücke, „*Der ‚Siegfriede‘ der NATO. Interview mit Christian Sigrist, geführt am 26. Mai 1999*“, in: *Graswurzelrevolution*. Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft, Verlag Graswurzelrevolution e.V., Heidelberg, Nr. 240 / Sommer 1999, S. 1 und S.3 [Anm. der Herausgeber].

Helmut Creutz (*1923), nach Arbeitsdienst, Flugzeugführer- und Fluglehrausbildung, sowjetischer Kriegsgefangenschaft und zweijähriger schwerer Krankheit ab 1949 zunächst halbtags in einem Betrieb für Innenausbau tätig, später Leiter des Planungsbüros und zeitweise Betriebsleiter. Ab 1972 freier Architekt und Schriftsteller. Seit Ende der 1970er Jahre freiwirtschaftlich orientierter Wirtschaftsanalytiker, Publizist und Referent mit mehr als 750 Vorträgen und Seminaren, über hundert Aufsätzen und mehreren Buchveröffentlichungen, u.a. „Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ (Wirtschaftsverlag Langen Müller Herbig, München 1993; mittlerweile in der 6., erweiterten und aktualisierten Taschenbuchausgabe im Druck & Verlagshaus Mainz. Wissenschaftsverlag, Aachen 2003; Übersetzungen in persischer, ungarischer, englischer und französischer Sprache; Abermals aktualisierte Neuausgabe als „Das Geldsyndrom 2012. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ im Druck & Verlagshaus Mainz. Wissenschaftsverlag, Aachen 2012) und „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“ (Signum Wirtschaftsverlag, München/Wien 2004); beide Titel, wie auch das Schultagebuch eines Vaters „Haken krümmt man beizeiten“, auch als Hörbuch bei RADIOROPA (Daun 2006/2007). Mitbegründer der Partei „Die Grünen“ in Aachen und Nordrhein-Westfalen. Aktive Mitgliedschaft in parteipolitisch unabhängigen Organisationen wie „Humane Union“ und „Terre des hommes“, sowie in Organisationen der Freiwirtschaftsbewegung wie „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO)“, „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)“, „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.“, „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ und „Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO)“. 1990 Lehrauftrag an der Universität Kassel. Von mehreren Seiten für den Alternativen Nobelpreis vorgeschlagen, zuletzt im Jahr 2007. Lebt in Aachen.